



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 303. Morgen-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 3. Juli 1862.

Telegraphische Depesche.

Petersburg, 2. Juli. Das heutige „Journal“ spricht von Interpretationen, welche die auswärtige Presse den in Folge jüngster Ereignisse getroffenen Maßregeln gegeben und schließt folgendermaßen: Verbrecherische Versuche einiger Missethäter werden keinen Einfluß auf die vom Kaiser unternommenen Reformen ausüben. Das Gesetz wird die Strafbaren strafen, allein diese strengen Maßnahmen vermögen auch nicht einen Augenblick die patriotische Aufgabe zu hemmen, welche der Kaiser sich gestellt hat, die innere Organisation des Reiches mit den materiellen und moralischen Bedürfnissen der russischen Gesellschaft in Uebereinstimmung zu bringen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 1. Juli, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 68, 40, stieg auf 68, 50 und schloß matt zur Notiz. Letzter Liquidationscourse 68, 10. Schluss-Course: 3proz. Rente 68, 35, 4 1/2proz. Rente 96, 60. 3proz. Spanier 49, 1proz. Spanier 44 1/2. Silber-Anleihe —. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 510. Credit-mobilier-Aktien 846. Lomb. Eisenbahn-Aktien 607. Oester. Credit-Aktien —.

Berliner Börse vom 2. Juli, Nachm. 2 Uhr. (Angekommen 8 Uhr 30 Min.) Staats-Schuldscheine 90 1/2. Prämien-Anleihe 122 1/2. Neueste Anleihe 108 1/2. Schles. Bank-Verein 96 1/2. Oberschlesische Litt. A. 153 1/2. Oberschles. Litt. B. 134 1/2. Freiburger 124 1/2. Wilhelmsbahn 56 1/2. B. Neisse-Brieger —. Zarnowitzer 47. Wien 2 Monate 78 1/2. Oesterreich. Credit-Aktien 86 1/2. Oester. National-Anleihe 65. Oester. Lotterie-Anleihe 73. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 131. Oesterreich. Banknoten 79 1/2. Darmstädter 87. Commandit-Antheile 94 1/2. Köln-Minden 178. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 63 1/2. Posener Provinzial-Bank 96. Mainz-Ludwigshafen 124 1/2. Lombarden 148 1/2. Neue Russen 92 1/2. Hamburg 2 Monat 150 1/2. London 3 Monat 6, 21 1/2. Paris 2 Monat 80. — Seite Stimmung.

Wien, 2. Juli. [Morgen-Course.] Credit-Aktien 219, 30. National-Anleihe 82, 26. London —.

Berlin, 2. Juli. Roggen: gänzlich. Juli 51 1/2, Juli-August 50 1/2, August-Septbr. 50 1/2, Septbr.-Oktbr. 50. — Spiritus: fest. Juli 18 1/2, Juli-August 18 1/2, Aug.-Septbr. 18 1/2, Septbr.-Oktbr. 18 1/2. — Rüböl: höher. Juli 14 1/2, Sept.-Okt. 14 1/2.

* Natürliche und künstliche Reaktionen.

Im Allgemeinen sind wir keine Freunde doktrinaire Politik, trotzdem könnte es nicht schaden, wenn in einer gewissen Beziehung, wo es bisher gerade am allerwenigsten geschehen ist, auch bei Behandlung aller politischen Fragen die Gewohnheiten der Schule maßgebend würden. Würde man bei den Vorgängen in der politischen Welt den untrennbaren Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung stets in derselben Weise im Auge halten, wie bei den Vorgängen in der physischen Welt, auch in der Politik immer gleich nach dem natürlichen Gesetz forschen, welches einer einzelnen Erscheinung zu Grunde liegt, auch sie als ein Reich der Nothwendigkeit, statt als ein Reich der Willkür aufzufassen, so würden jedenfalls weit weniger sinnlose und unzusammenhängende politische Experimente gemacht werden und würde den Völkern manches Leiden erspart bleiben. Aus der Willkür im politischen Denken entspringt die Willkür im politischen Handeln. Wenn wir nun eine Probe aus einer solchen Physik der Politik geben wollen, so dürfte es wohl kein zeitgemäheres Capitel geben, als das, welches die Ueberschrift trägt: die Reaktionen, und welches von den Gesetzen ihres natürlichen Entstehens, ihres Aufblühens und ihres Verendens handelt.

Alle von uns werden sich der Thaten erinnern, durch welche Louis Napoleon das zweite Kaiserreich in Frankreich eingeführt hat. Ein solches Uebermaß von Verwegenheit und Grausamkeit der Tyrannei erschreckte selbst die konservativen Männer. Was aber unseren Schrecken überstieg, war unser Erstaunen über die stumme Unterwerfung desselben Landes, in dem früher zehnmal geringere Gewaltthaten wiederholt hingereicht hatten, allgemeine Explosionen hervorzurufen. Dies Erstaunen war der Anfang der Erkenntnis. Scheußlich an sich selbst, war der 2. Dezember trotzdem ein notwendiges Glied in der Entwicklungsgeschichte Frankreichs, alles hatte seit langer Zeit eine Wendung genommen, die zuletzt in einem solchen Ereignis ausmünden mußte, und wiederum nur ein solches Ereignis konnte die letzte Geburtshilfe bei einer politischen Neubildung leisten, von der alle einzelnen Elemente längst vollständig ausgebildet waren. Gleichviel, ob die Gesellschaft bedroht war, man glaubte sie in ihren Grundfesten bedroht. Dieselbe französische Bourgeoisie, deren ungestüme Freiheitsdrang nacheinander zwei verhältnißmäßig liberale Bourbonsenverträge verjagt hatte, schrie jetzt nach einem Diktator und trug jetzt jubelnd ihre Freiheit selbst auf den Opferaltar, um nur ihr Eigenthum, ihre Familien, ihr Leben zu retten. All dies, wiederholen wir, glaubte man wenigstens durch den bevorstehenden rothen Präsidenten und die bevorstehende rothe Republik bedroht. Würde uns dieser Gegenstand nicht zu lange aufhalten, so könnten wir neben den positiven Faktoren des französischen Staats-Reichs noch seine negativen hervorheben, die gränzenlose Uneinigkeit seiner Widersacher, die totale Unfähigkeit jeder einzelnen Partei, für sich allein die Majorität zu gewinnen. Es war nicht das erstemal, daß ein tief zerklüftetes Land unter die Herrschaft eines Einzelnen sank.

Weniger plötzlich und noch viel weniger gewaltsam, aber durchaus nicht weniger natürlich und notwendig war die Reaktion, welche bei uns in Preußen im November 1848 ihren Anfang nahm. Die Furcht vor dem Communismus spielte bei uns nicht die Rolle, wie in Frankreich. Aber die Art, wie eine plötzlich in unsern Schooß gefallene und noch wenig begriffene Freiheit hin und wieder von der Masse benutzt worden war, auf der andern Seite wieder die Kühnheit, mit welcher viele bis dahin vorzugsweise an philosophische Speculationen gewöhnte Geister plötzlich die ganze menschliche Gesellschaft von Grund aus neu konstruiren wollten; alles dies ließ ängstliche Gemüther die Freiheit für ziemlich gleichbedeutend mit Unordnung ansehen. Der Stand der Befähigten stellte sich überwiegend auf Seite der Manteuffelschen Reaktion und folgte ihr auf ihrem Abwärtswege bis Dlmäh. Dies war das Geheimnis ihres Sieges. Wer gestern noch in der holden Kindlichkeit des absoluten Unterthanenthums befangen, heute schon den entragerten Republikaner spielen konnte, von dem war leicht vorauszu sehen, daß er morgen im Treubunde fungiren würde. Wir lebten eben in einer jener Uebergangszeiten, in welchen die Bewegung notwendig aus einem Extrem in das andere fallen muß, um sich erst allmählich in die richtige Mitte zu finden.

Wie es natürliche und notwendige Reaktionen im politischen Entwicklungsgange der Völker giebt, giebt es aber auch künstliche und

willkürliche. Man hat oft gesagt, daß man keine Revolution machen kann, mit demselben oder noch mehr Grund hätte man sagen können, daß man keine Reaktion machen kann. Keine Camarilla, kein herrschsüchtiger Minister, kein noch so mächtiger Monarch kann eine Reaktion durchführen, die sich nicht vorher in dem Geiste des betreffenden Volkes selbst schon vollzogen hat. Versuchen können sie dieselben zwar, aber nur in derselben Weise und mit demselben Erfolge, wie ein um den Lauf der Winde und die Zeichen des Himmels unbekümmerter Seemann sein Schiff in den Abgrund führt. Wenn die Volkswoge sich nicht selbst auf jene Höhe hebt, von wo sie zurückfallen muß, wenn man sie künstlich zurückdrängen will, so macht man sie eben bloß aufschäumen. Kann es eine einfachere und einleuchtendere Wahrheit geben?

Es giebt Bewegungen, die eigentlich nichts sind, als geistige oder materielle Ueberrumpelungen eines Landes durch die Kühnheit einiger Wenigen; es giebt aber auch Bewegungen, die Nachdruck und Dauer aus dem klaren, festen und einhelligen Willen eines ganzen Volkes schöpfen. Es giebt Bewegungen, die dem theoretischen Ideal einer kleinen Schule zu Liebe unternommen werden — aber auch Bewegungen, die aus den tiefsten sozialen und geistigen Bedürfnissen der Völker entspringen. Es wäre für angehende junge Hofsleute besser, wenn man sie frühzeitig die verschiedenen Klassen der Volksbewegungen, anstatt die verschiedenen Rangstufen und Ordenskassen auswendig lernen ließe. Besonders einprägen aber sollte man ihnen, daß alle die Bewegungen, welche den Charakter der Mäßigung an sich tragen, unbezwinglich sind, und daß der Versuch, sie zu bezwingen, nichts anderes zu Wege bringt, als daß dieselbe nationale Erregung, die wenn sie von der Regierung in ihren letzten Gründen als berechtigt anerkannt und dann klug benutzt und geleitet worden wäre, einer der kräftigsten Hebel in ihrer eigenen Hand hätte werden können, allmählich in eine Stimmung energischer Regierungseindlichkeit überleitet wird.

Wir wüßten kein Beispiel, daß irgendwo in einem Lande die weitere Ausbildung der constitutionellen Freiheit bloß aus der weiteren Ausbildung ihres theoretischen Begriffes, die aus der Schule ins Leben übergegangen, entsprungen wäre. Nur an der Hand des dringendsten Bedürfnisses hat sie stattgefunden, indem immer nur wiederholter Mißbrauch der fürstlichen Gewalt ihre engere und schärfere Begrenzung zur Folge gehabt hat. Die ganze Geschichte der Stuarts ist nichts anderes als die Geschichte einer solchen anfangs sehr mäßigen und bescheidenen nationalen Strömung, die nur durch den anhaltend widerstrebenden Unverstand der Stuarts zu einer furchtbaren Stärke groß gezogen wird. Welche Steigerung von den demüthigen Bitten der Gemeinen, die all ihre Demuth nicht vor den schulmeisterlichen Zurechtweisungen Jacobus I. schätzen kann, bis zu der stolzen Macht der Gemeinen, die in der Convention von 1689 über die Krone des Reiches verfügten.

Preußen.

Berlin, 1. Juli. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Regierungsrath Lieber zu Breslau den rothen Adler-Orden vierter Klasse, den Fürstern Kiau zu Buczowo in der Oberförsterei Gursznaw, Regierungsbezirk Marienwerder, und Johann Gottfried Röske zu Sejorce in der Oberförsterei Wodziej, Regierungsbezirk Bromberg, so wie dem Schullehrer Schaefer zu Fuchingen im Kreise Düsseldorf, und dem Schullehrer und Küster Rausch zu Kossa im Kreise Eckartsberga, das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem ersten Prediger an der Hofkirchen-Gemeinde zu Breslau, Dr. Sillet, den Titel eines „königlichen Hofpredigers“ zu verleihen. (Schon vor längerer Zeit von der „Bresl. Btg.“ gemeldet.)

Der königliche Kreis-Baumeister Alberti zu Pasewalk ist in die Kreis-Baumeister-Stelle zu Anklam versetzt worden.

Der Rechtsanwalt und Notar von Wedelstätt zu Wittenberg ist als Rechtsanwalt unter Beilegung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Ratibor vom 15. Juli d. J. ab an das Kreisgericht zu Reiffe mit Anweisung seines Wohnsitzes ebendasselbst versetzt worden.

Der bisherige Kreisrichter Dr. juris Voigte in Liebenwalde ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Soldin und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt mit Anweisung seines Wohnsitzes in Soldin ernannt worden.

Der bisherige Privat-Dozent an der t. Universität in Bonn Dr. Baron A. J. H. de la Valette St. George, Professor des anatomischen Instituts daselbst, ist zum außerordentlichen Professor in der dortigen medizinischen Fakultät ernannt worden.

Berlin, 1. Juli. [Vom Hofe.] Aus London, 30. Juni, Morgens 8 Uhr, wird telegraphisch gemeldet, daß Se. königliche Hoheit der Kronprinz von Preußen und der Herzog von Koburg gestern Abend über Calais und Dover glücklich in Osborne angekommen sind. — Bei Ihrer königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin findet heute Nachmittags im Neuen Palais zur Feier der Vermählung ihrer erlauchten Schwester, der Prinzessin Alice von Großbritannien mit Sr. Hoheit dem Prinzen Ludwig von Hessen und bei Rhein zu Osborne Familienfest statt.

Heute Vormittags um zehn Uhr trat das Staatsministerium im Ministerzimmer des Abgeordnetenhauses zu einer Berathung zusammen.

Pl. Berlin, 1. Juli. [Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses] war eine äußerlich recht belebte und angeregte. Im Publikum hatte man eine Debatte über die Petition, betreffend die Wahlvorgänge in Dürrgoy erwartet, und sich um die Büllets zur Tribüne so gedrängt wie zur Adressdebatte. Glücklicherweise war diese Bemühung vergeblich, ich sage glücklicherweise, weil den, bei den Verhandlungen Interessirten: Abgeordneten, Zuhörern und Journalisten ein Schicksal drohte ähnlich wie bei der Adressdebatte. Um 10 Uhr hatte die Sitzung begonnen und die Fortschrittspartei beabsichtigte, unter keinen Umständen eine Vertagung der Debatte eintreten, sondern diese allenfalls bis 7 Uhr Abends fortzuführen. Die Kälte und der herbstliche Regen draußen, ein Wetter, das ein gütiges Gesicht sendete, um den opfermüthigen Landboten die Session im staubigen Spreerathen erträglich zu machen, blieben ohne Einfluß auf die dicke staub-erfüllte Luft im Sitzungssaal der Abgeordneten — es war eine entseßliche Aussicht, bis 7 Uhr Abends das aushalten zu müssen. Im Rath der Götter war es anders beschloffen, drei Petitionen genügten, das redselige Haus von 10 bis halb 4 Uhr zu beschäftigen und die Petition über die Vorgänge in Dürrgoy auf Freitag zu vertagen, da wird es aber auch gewaltig tagen; Alles, was an Wahlercessen seitens der Verwaltungsbehörden passiert ist, hat man aufgefammelt, um es auf einmal bei dieser Gelegenheit an den Mann zu bringen, der stenographische Bericht über die Verhandlungen, soll in vielen Tausend Exemplaren gedruckt und durch das ganze Land verbreitet werden! Zu Alledem kommt noch die Anwesenheit des Grafen Schwerin im Hause, der es nicht, wie sein College v. Patow für seine Aufgabe zu erachten scheint, lediglich als — Regierungskommissar des jetzigen Ministeriums zu fungiren, sondern im Gegentheil den Unter-

schied seiner Auffassung vom Rechtsstaat gegenüber des muthmaßlichen Commentirens der Verfassung durch das jetzige Ministerium nachdrücklich bei jeder Gelegenheit darlegen möchte. — Den interessantesten Gegenstand der heutigen Verhandlung bildete die Petition des Ober-rabbiners Sutor in Münster auf endliche Ausführung des Art. 12 der Verfassung, d. h. der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden, in Verbindung mit einer Petition von jüdischen Gerichts-Ässessoren um Aufhebung des Simons'schen Justizministerial-Rescripts von 1851, welches die Juden vom Richteramt ausschließt. — Der Lehrer Wander aus Hirschberg und der Rabbiner Sutor sind die unverwundlichsten Kunden der Petitionscommission; Wander scheint ermüdet oder ist ihm etwa ein Genüge geworden? Sutor aber bleibt standhaft — armer Rabbi, wie oft werden die Landboten dir mit deinem seligen Amts-bruder dem weisen Akiba zurufen können: „Das ist schon Alles einmal dagewesen.“ Ein Tropfen soll einen Stein aushöhlen können, nun vielleicht petitionirt der brave Sutor so lange bis — Preußen ein Rechtsstaat geworden, bis wann sich das wird thun lassen, um mit dem Minister v. d. Heydt zu reden, ist bis jetzt freilich noch nicht abzusehen; soviel aber ist sicher, in diesem Augenblicke sind wir weiter davon entfernt, als seit langer Zeit. Das kann Niemand beurtheilen, der hier den Dingen nicht ganz nahesteht, oder doch wenigstens — den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beiwohnt und die Physiognomien der Minister beobachtet. Die Kammer könnte ihnen zurufen, wie Schillers Elisabeth ihrer Gegnerin: „Ihr seid an Eurem Plage, und dankend preiß ich meines Gottes Gnade, der nicht gewollt, daß ich zu Euren Füßen liegen sollte, wie Ihr jetzt zu meinen.“ Ihr gegenwärtiger Correspondent wohnte fast allen Verhandlungen dieses Hauses bei, soweit seine Geschichte reicht, er hat schon eine ganz anständige Anzahl von Ministern dem Hause gegenüber reden hören, noch nie aber hat das Haus bei den Worten vom Ministerfisch eine so gleichgiltige Miene getragen wie jetzt; nur die häufige, und wie es scheint mit Ungebuld erwartete Gelegenheit, bei heiteren Momenten in den Ministerreden oder über die darauf bezüglichen Bemerkungen zu lachen, bilden eine Unterbrechung der eintönigen ministeriellen Aeußerungen — die in Wahrheit Monologe genannt werden dürfen. Der Justizminister, mit seinem Argument gegen die Anstellungsberechtigung der Juden, nämlich mit dem Berichte eines Menschen, welcher gemeint hätte, sein Gewissen würde durch die Vermahnung eines jüdischen Richters vor dem Eide nicht gerührt werden, übertraf sich selbst und das Haus misachtete den vielleicht von der Höflichkeit gebotenen Zuruf risum teneatis — wer mag es ihm verargen? Charakteristisch für die Debatte war es, daß die Feudalen ihr Lieblingsparabelferd diesmal von den Clerikalen reiten ließen und noch dazu von echten Sonntagstreibern wie Hrn. Plasmann und den Gelehrten Dr. Zehrt und Dr. Schulz, die gar zu altmodische Dinge sagten und schließlich, den wackeren Osterrath an der Spitze, es gewaltig übernahmen, als ihnen der Referent Hymann die Wahrheit sagt: „Sie meine Herren kämpfen mit Borurtheilen, wir mit Vernunft, es wird sich zeigen, welche Waffe den Sieg erringen wird.“ Diese Aussicht ist auch das Ganze, was die Juden mit diesen und ähnlichen Petitionen erreichen können. Ihr Recht ist klar und unbefristet, das hat selbst in den Zeiten der blühdendsten Reaction der berühmte Wagener eingesehen und darum wollte er die Art. 4 und 12 der Verfassung herausrevidiren, aber zugegeben wird man den Juden dies Recht nicht früher, als bis man Ernst macht mit dem Aufbau des Rechtsstaates. In dieser Beziehung hat Graf Schwerin ein klares und verständliches Wort gesprochen — ich fürchte leider in den Wind, so gut wie seine Vorredner Rosh und Plücker, wer nicht überzeugt sein will, der ist nicht zu überzeugen und — der Rest ist Schweigen. — Heute ist der neue interimistische Polizeipräsident von Berlin, Landrath v. Bernuth, durch den Oberpräsidenten Dr. Flottwell in sein Amt eingeführt worden und Geh. Rath v. Winter ist gestern mit seiner Familie an den Rhein gereist, wo unsere Neben wachen. — Das Ministerium hielt heute Morgen eine Berathung im Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses; das letztere dankte diesem Umstande die Ehre, den Grafen Bernstorff auf einige Augenblicke am Ministerfische zu sehen.

**** Berlin, 1. Juli.** [Das Militärcabinet. — Conferenz von Turnlehrern. — Antrag in Bezug auf die Armee-reorganisation. — Pregelprozeß. — Schimpfwörter der Feudalen gegen die Abgeordneten.] Schon lange herrschte auch in den militärischen Kreisen eine große Mißstimmung gegen das Militär-Cabinet, eine Mißstimmung, die sich jetzt in Aeußerungen des Mißtrauens kund giebt. In den militärischen Kreisen macht man sonderbarer Weise das Militär-Cabinet viel mehr für die heftige Sache verantwortlich als das Ministerium, schreibt ihm somit einen Einfluß zu, den selbst die principiellen Gegner dieser mit dem Landtage in keiner Verbindung stehenden Zwischenstellung zwischen dem Ministerium und der Krone nie bei ihm gesucht haben. Die Stellung, die man in dieser Sache dem Ministerium zuweist, ist sicher keine von Einfluß und Macht befundende. Das Ministerium selbst scheint auch nicht abgeneigt zu sein, sich gern dabei in die zweite Linie gerückt zu sehen, und aus den Kreisen der ministeriellen Beamten kann man Aeußerungen hören, die alle Verantwortung für diese Entwicklung ablehnen. — Die vom Cultus-Minister berufene Conferenz von Turnlehrern und von Directoren höherer Lehr-Anstalten galt äußerlich dem Zweck, ein Votum darüber zu erzielen, ob der bekannte Leisefaden nicht auch dem Turnen an den höheren Lehr-Anstalten zu Grunde zu legen. Die Conferenz hat diese Frage einstimmig verneint und sich in ihrer überwiegenden Majorität schließlich überhaupt dahin ausgesprochen, daß auf dem Gebiete der Turnerei ein Reglementiren sehr schlecht am Platze sei. Die Conferenz endete ihre Aufgabe bereits am Sonnabend. An den Berathungen nahmen die sämmtlichen Räte des Unterrichts-Ministeriums Theil. — Der Abgeordnete v. Foverbeck beabsichtigt, wie die „B. B. Z.“ wissen will, im Abgeordnetenhaus eine Resolution des Inhaltes vorzuschlagen, daß die Landesvertretung nach gewissenhafter Beurtheilung der Lage des Landes für militärische Zwecke nur denjenigen Betrag bewilligen könnte, welcher bis dahin ausgereicht habe, daß die neue Armee-Organisation ohne Mitwirkung der Landesvertretung ins Leben getreten sei, daß sie sich aber event. bereit erkläre, die Kosten der vermehrten Rekrutierung und des erhöhten Präsenzstandes ebenfalls zu bewilligen, wenn die Staatsregierung der Landesvertretung eine entsprechende Vorlage mache und in derselben namentlich die gesetzliche Regelung der Dienstzeit auf zwei Jahre und die Wiederherstellung der Landwehrverfassung vorsehe. Die Fortschrittspartei hat beschloffen, der

*) Weber das Eine noch das Andere.

D. Red.

Fraction Bockum-Dolffs vorzuschlagen, über diese Angelegenheit in gemeinsamer Sitzung zu beraten. — Die vierte Deputation des Criminalgerichts verhandelte gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine Anklage auf Vernichtung der Schrift: „Zur deutschen Frage“ von Schweizer, Frankfurt a. M. Es wurde auf Vernichtung erkannt. — Dieselbe Deputation erkannte gegen 19 Angeklagte wegen Verkaufs und Fabrikation unsittlicher Neujahrswünsche auf Geldbußen. — Der „Publiz.“ schreibt: Das „Preuß. Volksblatt“ (vom 29. Juni), das Organ der „Königstreuen“ preuß. Volksvereine, schimpft wie ein Rohr- sperling gegen die Abgeordneten, rebellische Beamte, Literaten a. D., Redacteure in spe, Freigemeinder, Wanderprofessoren, weltbürgerliche Universal-Medizin-Erfinder (Straßengesetzbuch § 102). Diese Leute möchten ihre albernen Eintags-theorien an dem Staat erproben, stimmen aber dadurch den Staat nur krankhaft und machen seinen Schritt zu einem schmerzhaften. Ihre Budgetarbeit ist daher unersprißlich und hemmend (wirklich?). Wenn sich solche Leute nun gar (horribile dictu) mit der königlichen Armee befassen, wenn sie in die Organisation des Heeres, in die Gekochtheit und Brauchbarkeit der bewaffneten Arme der Nation eingreifen wollen, dann hört natürlich Alles auf. Das ganze Heer entsaltet gegen sie seine Fahnen (sic!) Strafges. § 64, 65), auf denen hundert Schlachten verzeichnet stehen, durch welche das Vaterland emporgehoben, gerächt, gerettet wurde. Das Mißverhältnis ist so groß, daß, das Bestreben, gegen die alten Standarten unserer Regimenter (nein, nur gegen die neuen!) das winzige Fähnlein des Fortschritts aufzusagen, den Schreibern des „Preuß. Volksblatts“ „fast lächerlich vorkommt.“

Berlin, 1. Juli. [Ueber den gestern bereits gemeldeten großen Brand] des königl. Fourage-Magazins in der Köpcke-Strasse berichtet der „Publ.“ folgende Details. Das Feuer brach in dem Getreide-Magazin aus und ergriff mit so rascher Geschwindigkeit das ganze kolossale Gebäude, so daß es den Anschein hatte, als ob es auf verschiedenen Seiten gleichzeitig ausgebrochen wäre. Von der Spreeseite, nach welcher sich das Flammenmeer hauptsächlich wälzte, bot das mächtige, ganz und gar von Gluth erfüllte Haus, aus welchem nach dem Wasser zu aus hundert Öffnungen — 5 Stodwerke, 17 Fenster Front — die Flammen emporleuchteten (die stärkste aus dem großen Thorwege in der Mitte des Gebäudes hervordringend) und immer weiter hinausloberten, einen schrecklichen Anblick. Die Feuerfäule schlug mit ihren Spizen bis nach dem jenseitigen Ufer der Spree, während die schwarzen Rauchwolken sich weit über den Frankfurter Bahnhof hinauswälzten. Bisweilen lösten sich von dem Dache die breiten glühenden Zintplatten, flogen langsam herüber und fielen zischend in's Wasser. Zwei große, mit Steinfloßen beladene Kähne, welche am Fuße des Magazins angelegt hatten, konnten nicht rasch genug fortgebracht werden; ganz und gar brennend, drehten sie sich auf dem Wasser langsam um sich selbst, ohne ihren Standpunkt wesentlich zu verändern. Das an das Getreidemagazin östlich angrenzende kleinere, hauptsächlich mit Heu und Stroh gefüllte Magazin stand gleichfalls bald ganz in Flammen. Während die Garde-Pioniere in größter Thätigkeit waren, um die nahe gelegenen Kasernengebäude vor der Anfechtung zu bewahren, und die Garde-Schützen den Befehl, das Kasernen-Inventar für alle Fälle in Sicherheit zu bringen, befolgend, Montirungen, Betten u. s. w. durch Fenster und Thüren hinauszuwerfen, ließ die Feuerwehr es ihr Hauptbemühen sein, einerseits die weislich dicht an die Brandstätte angrenzenden Fabrikgebäude in der Köpcke-Strasse, andererseits den dem Magazine gerade gegenüber auf der andern Seite der Spree liegenden großen Frankfurter Hofplatz zu schützen, wozu das Feuer die Wucht seiner Flammen und einen Haufen von brennenden und glühenden Stoffen war. Die auf diesem Hofplatz, also durch die Spree getrennt Arbeitenden ließen sich von Zeit zu Zeit mit Wasser übergießen, um die Hitze ertragen zu können; während die Feuerwehrmänner, welche an der Kattunfabrik in der Köpcke-Strasse eine bereits brennende Brücke abzureißen sich bemühten, unausgeseht von den Spizen mit einem Regen beschüttet werden mußten, um nicht der sengenden Gluth zu unterliegen. Gegen 12 Uhr hatte das Feuer die in dem Magazine lagernden Vorräthe größtentheils verzehrt, und die Flamme überschritt nicht weiter die Umfassungsmauern; die größte Gefahr war beseitigt, doch dauerten die Vötharbeiten noch den ganzen Tag fort. — Von dem großen Magazin stehen nur noch die hohen starken Außenmauern; das kleinere, ingleichen ein drittes mit Stroh gefülltes Magazin, welches dicht an die Kasernen grenzte, sind ebenfalls ganz zerstört worden. Ueber die Höhe des Verluſtes hört man noch ebenso wenig Bestimmtes, wie über die Entstehung des Feuers; ungeheuer hätte das Unglück werden können, wenn der Wind aus Osten geweht hätte; dann wären die bedeutenden Kattunfabriken, Färbereien, chemischen Fabriken u. s. w. in der Köpcke-Strasse wahrscheinlich zum großen Theile verloren gewesen. Leider verlautet, daß auch mehrere Personen erhebliche körperliche Beschädigungen erlitten haben.

Aus anderen Berichten entnehmen wir noch Folgendes. Durch das brennende Getreide, das der Wind über die Spree trieb, gerieth der auf der andern Seite des Flusses belegene Frankfurter Hof in große Gefahr. Nur mit großer Anstrengung konnte er geschützt werden. Dagegen ist der Giebel einer Pappfabrik auf dem andern Ufer ausgebrannt. Vier Kähne, davon zwei mit Brettern beladen, geriethen in Brand; drei derselben wurden versenkt. Man vermehrte gestern einen Schiffer; doch ließ sich noch nicht feststellen, ob er ein Opfer des Feuers geworden ist. — Mehrere Personen sollen im obern Räume des Strohmagazins mit Strohschuppen beschäftigt gewesen sein, sich jedoch durch die Leitern der Feuerwehr gerettet haben. — Wie die „Berl. Börse.“ behauptet, sollen die Gebäude wie der Inhalt nicht versichert sein. — Die Spizen lehrten erst gestern Abend von der Brandstätte zurück.

K. C. Berlin, 1. Juli. [Vom Landtage.] Die Fraction des Centrums besteht aus folgenden 30 Mitgliedern: 1) Bender, 2) Biernacki, 3) Blum, 4) Govers, 5) Franour, 6) Fröning, 7) Junde, 8) Ellering, 9) Habesling, 10) Gulpke, 11) Dr. Krebs, 12) v. Mallindrodt, 13) Dr. Mengel, 14) Mämer, 15) Otferrath, 16) Blahmann, 17) Reinhardt, 18) Graf Renard, 19) Reichensperger (Geldern), 20) Reichensperger (Bedum), 21) Rohden, 22) Schmidt (Paderborn), 23) Dr. Schulz (Vorken), 24) Siebert (Allentein), 25) Stod, 26) Strypbnd, 27) Banjura, 28) Wolf, 29) Dr. Zehrt, 30) Ziegler.

Theater.

(Dinstag, 1. Juli.) Die angekündigte Vorstellung der „Jüdin“ mit Frä. Pauline Lucca konnte wegen Heiserkeit des Herrn Böhlke nicht stattfinden, so mußte der „Troubadour“ ausfallen. Trotzdem nun diese Oper erst vor wenigen Tagen mit Fräulein Lucca als „Leonore“ zur Aufführung gekommen war, blieb doch auch diesmal kein Plätzchen im Hause unbefest, und die schwebende Künstlerin empfing die allseitigsten und stürmischsten Beifallsbezeugungen des Auditoriums. Der kolossale Umfang ihres Organs (3 Octaven) und die Heißblütigkeit des Vortrages verfehlte auch diesmal die Wirkung nicht, und verfehlte das Publikum in eine wahrhaft enthusiastische Stimmung. Am Schluß der Vorstellung flogen der Künstlerin die feinsten Bouquets zu und aus der Höhe der Soffitten fiel ein Blumenregen auf sie nieder. Nach der Vorstellung erhielt Fräulein Lucca noch in ihrem Quartier (Zettlitz Hotel) ein solennes Ständchen.

Die Sängerin hat sich von hier zu Gastspielen nach Wien und Pest begeben. Wie wir indes hören, ist Hoffnung vorhanden, daß sie bei ihrer Rückkehr nach Berlin in der ersten Hälfte des August noch einigemal bei uns auftreten wird. M. K.

Preussische Landtagsmänner.

Grabow.

(Fortsetzung.)

Nach der definitiven Auflösung der Nationalversammlung erfolgte die Derovirung der Manteuffelschen Verfassung, welche zwei Kammern einführt. Der Zusammentritt derselben erfolgte am 26. Februar 1849. Auch Grabow war wieder in dieselbe gewählt worden und wurde ihr Präsident. Denn obwohl die liberale Partei nur mit starkem Mißtrauen auf das Novemberministerium blickte, so lag ihr doch daran, durch möglichste Verständigung mit ihm ihren Bestrebungen Erfolg zu verschaffen. Dafür war Grabows Präsidenschaft wieder der passendste Ausdruck, repräsentirte auch zugleich die Majorität der Liberalen. Die

Das bisherige Mitglied dieser Fraction, Abg. Krause (Braunsberg) ist gestorben, das Mandat eines andern Mitglieds, Graf Oppersdorff, ist erledigt. Der freie constitutionelle Verein unter dem Vorhitz des Abg. v. Bönne (Glogau) zählt folgende 20 Mitglieder: 1) Dr. v. Bönne (Glogau), 2) von Benda, 3) Borſche, 4) Dr. Fellenberg, 5) Flegel, 6) Häger, 7) Jordan, 8) Kleinwächter, 9) Krause (Magdeburg), 10) v. Leipziger, 11) Leue (Salzwedel), 12) Pympius, 13) zur Megebe, 14) Model, 15) Nemis, 16) Ottow, 17) Schulze (Pyritz), 18) Stagemann, 19) Stubenrauch, 20) v. Voss. — Die Fraction der Constitutionellen (v. Binde) ist durch den Zutritt der Abg. v. Balow und Graf Schwerin auf 22 gestiegen; das linke Centrum durch den Zutritt des Abg. Hinrichs (Greifswald) auf 98. Danach ist die Mitgliederzahl der einzelnen Fractionen folgende: Deutsche Fortschrittspartei 135, linkes Centrum 98, Centrum 30, Polen 22, v. Binde 22, Rönne 20, Conservative 10, zusammen 337 Abgeordnete, welche bestimmten Fractionen beigetreten sind. Keiner Fraction haben sich angeschlossen, außer dem Präsidenten des Hauses, folgende 9 Abg.: v. Bonin (Genthin), Calow, Caspers (Magen), Gräsmacher, Jacob, Kantack, Lauffer, Scheffer, Voischdorf, v. Unruh-Bomsl. Noch nicht eingetreten ist der Abg. v. Binde (Olbendorf). Erledigt sind 4 Mandate: eins durch Todesfall (Braunsberg) und drei durch Ungültigkeits-Erklärung (Lette, Graf Oppersdorff und Rygulla).

Berlin, 1. Juli. [Preßprozeß wegen Beleidigungen des Hrn. v. d. Heydt.] Die 4. Deputation des Criminalgerichts verhandelte gestern einen Preßprozeß gegen den verantwortlichen Redacteur der „Berliner Börse-Zeitung“, Bollmer. Es sind drei Artikel incriminirt, und in den beiden ersten hat die Anklage eine Beleidigung, in dem dritten eine Verleumdung des Finanzministers v. d. Heydt in Beziehung auf seinen Veruf gefunden. Der Angeklagte hat in der Voruntersuchung erklärt, daß die Artikel, ohne daß er vorher von dem Inbalt derselben Kenntniß gehabt, gedruckt worden seien, und es ist deshalb gegen ihn die Anklage aus § 37 des Preßgesetzes erhoben worden. Der erste Artikel beipricht die Anleihe-Conversion und enthält die Behauptung, daß ein guter Theil der Hoffnung, welche der Finanz-Minister für das Gelingen jener Maßregel hege, sich darauf gründe, daß bedeutende Mindertheile in dieser Anleihe angelegt seien, verneint die Frage, ob die Vormundschafts-Behörden beauftragt seien, in die Conversion zu willigen und sagt: die Speculation auf Verletzung der Interessen von Wittwen und Waisen könne auch so ziemlich der Wais zu entbehren. Der Vorwurf der Speculation auf ein pflichtwidriges Verhalten der Puppelbehörde wird von der Anklage für beleidigend erachtet. Im zweiten Artikel wird der Brief des Hrn. v. d. Heydt an den Kriegsminister v. Roon besprochen und dem Ersteren der Vorwurf gemacht, daß er sich von selbstjüchtigen Interessen habe leiten lassen. Außerdem wird von der Anklage die mischadende Form gerügt, in welcher von dem Finanzminister gesprochen worden. Es wird auf die „Wandlungen“ desselben hingewiesen, und in dem dritten Artikel, den selben Gegenstand besprechend, ist die Behauptung enthalten, Hr. v. d. Heydt habe die Veröffentlichung des vielbesprochenen Briefes selbst veranlaßt, um auf diesem Wege die bewachten Absichten zu erreichen. Hierin fand die Anklage eine Verleumdung des Ministers, sowie in der Bezeichnung desselben als: „Minister à tout prix“ (um jeden Preis), eine Beleidigung gefunden wurde. Der Staatsanwalt v. Mörs hielt die Anklage aufreht und giebt noch dem Gerichtshof zur Erwägung, ob nicht die Behauptung, „Herr v. d. Heydt sei der Nothbehelf des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel gewesen“ und „er habe den Schimmel von Bronzell mit auf seinem Gewissen“, noch besondere Beleidigungen seien. Wegen der Erheblichkeit der Beleidigungen beantragte der Staatsanwalt eine Geldbuße von 60 Thlrn. event. 1½ monatliche Gefängnißstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schwarz, sprach zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß wegen dieser Artikel überhaupt eine Anklage erhoben worden sei. Eine Kritik wie diese sei schon seit Jahr und Tag ausgesprochen worden. Was hier ausgesprochen worden, sei bereits Gemeingut geworden, doch seien die guten Tage vorüber und die Befürchtung scheint begründet zu sein, daß auf die Presse Jagd gemacht werde. — Der Präsident des Gerichtshofes, Stadtger.-R. Bieleken, unterbricht den Verteidiger und der Staatsanwalt beantragt die letzte Aeuerung zu Protokoll zu nehmen. Hr. Rechtsanwalt Schwarz vermahnt sich gegen die Unterbrechung seitens des Staatsanwalts und fährt dann fort: Bei Beurtheilung der Artikel müsse die Zeit berücksichtigt werden, in der sie geschrieben seien. Beurtheile man die Artikel objectiv, so könne man keine Beleidigung darin finden. Was nun den betr. Brief anlangt, so sei derselbe von ganz Europa mit Erläutungen aufgenommen. Dies Erläutungen habe sich noch nicht gelegt. Bei dieser Gelegenheit habe man sich der ganzen Lausabahn des Hrn. v. d. Heydt erinnern müssen und was hierüber in dem Artikel steht, habe weit ärger in andern Zeitungen gestanden. Es könne doch nicht geleugnet werden, daß Hr. v. d. Heydt seit dem November 1848 das konstante Mitglied des Ministeriums gewesen, daß er seit der Zeit an allen geschichtlichen Ereignissen Theil genommen und mit der Bezeichnung „praktischer Mann“ könne der Minister wohl zufrieden sein; es heiße das so viel, als Hr. v. d. Heydt sei ein Realpolitiker. Der Ausdruck „Schimmel von Bronzell“ sei so gang und gäbe geworden, daß man ihn gebrauche ohne eine Absicht, und die Behauptung, Hr. v. d. Heydt sei ein Nothbehelf des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel gewesen, falle in eine Zeit, die längst der Geschichte angehöre; jetzt sei Herr v. d. Heydt Herr der Situation. Was der dritte Artikel sage, sei in Aller Munde gewesen und es sei auch nicht behauptet, daß der Finanzminister selbst den Brief verfaßt habe; die Thatfache sei nur gerüchweise angeführt. Umwege spielten in der Politik oft eine große Rolle, da man häufig nur auf Umwegen erreichen könne, was man wolle. Er sei der Meinung, daß die Nerven jetzt schon so stark seien, daß sie derartige Kritiken aushalten könnten. Hr. v. d. Heydt stehe übrigens als Minister so hoch, daß er von solchen Artikeln der Tagespresse nicht beleidigt werden könne. Palmerston würde niemals eine Injurienklage anstellen und er wünsche, daß wir auch dahin kommen möchten, daß bei uns eine solche Injurienklage eine Unmöglichkeit werde. Er beantrage die Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt erwidert, daß er dem Verteidiger auf die persönlichen Angriffe an einem andern Orte antworten werde. Niemand stehe so hoch, daß er nicht beleidigt werden könnte. Ein Theil der Presse mache es sich zum Beruf, das Ministerium zu beleidigen. Die Ausfährungen der Presse tiefen die häufigen Preßprozesse hervor; eine Tendenz, die Presse zu verfolgen, müsse entschieden in Abrede gestellt werden. — Der Gerichtshof sprach in allen drei Fällen das Schuldig über den Angeklagten aus und verurtheilte ihn zu einer Geldbuße von 50 Thlrn. event. 5 Wochen Gefängniß, erkannte auch auf Vernichtung der Artikel. Der Gerichtshof führte aus, daß er sich nicht auf ein politisches Feld drängen lassen dürfe, daß er unbeirrt von den politischen Strömungen über den Par-

teien stehen müsse und objectiv zu urtheilen und das verletzte Gesetz zur Geltung zu bringen habe. Der Gerichtshof habe deshalb den Wortlaut der Artikel seiner Beurtheilung unterzogen. Der erste Artikel sage klar, daß Herr v. d. Heydt, obwohl er sich der Verletzung der Interessen u. bewußt gewesen, dennoch seine Speculation gemacht habe und auf das Wort „Speculation“ müsse Gewicht gelegt werden, hierdurch sei ihm eine Art Berechnung untergeschoben. Es könne ferner nicht zugegeben werden, daß der zweite Artikel Herrn v. d. Heydt als einen Realpolitiker bezeichne, vielmehr würden ihm daselbst selbstjüchtige Motive untergeschoben, und der letzte Artikel enthalte den Vorwurf eines äußerst intriganten Mittels. Eben so sei auch die Bezeichnung: Minister à tout prix eine Beleidigung.

Frankfurt a. O., 29. Juni. [Conflict zwischen Polizei und Militär.] Der „Voss.“ wird geschrieben: Unsere Stadt besitzt noch innerhalb ihres Steuerbezirks einen ziemlich umfangreichen Platz, der Anger genannt, auf welchem seit unendlichen Zeiten während der Messe nicht nur die alsdann in großer Menge ankommenden und anderweitig nicht gut zu placirenden leeren Frachtwagen aufgestellt wurden, sondern auch die Wägen und Aufbaue der verschiedenen herumziehenden Schausteller ihren Platz fanden, die in der Wehrzeit regelmäßig hier zu erscheinen pflegen. Die städtischen Behörden hatten nun dem hiesigen Militär, zunächst nur aus wohlwollendem Entgegenkommen, die Benutzung dieses Platzes zum Einercirciren der Soldaten gestellt, es war indeß aus dieser freien Erlaubniß im Laufe der Zeit sehr bald ein Recht hergeleitet worden, was mehrfache zu Streitigkeiten Anlaß gab. Um die Angelegenheit endlich zum Austrage zu bringen, wurde jedoch jüngst durch die Stadt ein, beiläufig bemerkt, höchst mangelhaft angestellter Prozeß gegen den Militärscus eingeleitet, der bis jetzt in erster Instanz, wie zu erwarten war, zu Ungunsten der Stadt ausfiel, jedenfalls aber das Eigentumsrecht derselben an dem Plage ganz außer Zweifel läßt. Die beginnende Messe hatte nun seit vorgestern ebenfalls wieder eine große Menge Frachtwagen der Stadt zugeführt, und da zur Aufstellung derselben der seit 1854 für diesen Zweck benutzte Platz nicht ausreichte, so ordnete die Polizei an, daß die leeren Wägen, wie vor 1854, jetzt wiederum in dem einen Winkel des umfangreichen Angers aufgestellt werden sollten. Letzteren hatte man seit dieser Zeit nur um deshalb zur Aufstellung der Wägen nicht mehr benutzt, weil man dem Publikum dadurch einen inmitten der Stadt verursachten unheimlichen Anblick ersparen wollte, und der andere entlegene Winkel des Platzes dem Auge des öffentlichen Verkehrs fast gänzlich entzog. Während nun die Polizei beschäftigt ist, die Wägen auf dem Anger in entsprechende Weise unterbringen zu lassen, gelangt eine Aufforderung des hiesigen Divisions-Kommandeurs General v. Falkenstein an dieselbe, in welcher er verlangt, daß man nicht nur das Aufstellen von Wägen auf dem Anger gänzlich unterlasse, sondern auch sofort die in einem andern Winkel des Platzes bereits aufgerichteten Schaubuden fortbäume. Natürlich gab die Polizei dieser Aufforderung keine Folge. Indes das Un glaubliche geschah hierauf. Herr General v. Falkenstein ließ ohne Weiteres die beiden Haupt-Eingänge zum Plage durch Militär besetzen und die Soldaten drohten Jedermann Gewalt an, der es wagen würde, dort denselben zu befahren. Hierauf ordnete die Polizei an, daß die Fuhrleute seitwärts auf den Platz fahren sollten und es gelang auch wirklich, eine Anzahl Wägen auf denselben hinaufzufahren. Indes bald erhielt das Militär Aufschub, und während nun die Polizei den Fuhrleuten befahl, auf den Platz an der angeordneten Stelle hinaufzufahren, setzte das Militär diesen Anordnungen Gewalt gegenüber und wollte einen Fuhrmann, der seine Pferde noch nicht ausgespannt hatte, zwingen, mit seinem Wagen wieder zurückzufahren. Nur dadurch, daß die Polizei wieder Zwang entgegensetzte und ein Genarm sich vorn vor den Wagen stellte und die Zügel der Pferde festhielt, gelang es, den Wägen auf dem Plage zu erhalten. Mehrere Fuhrleute jedoch, welche in Gegenwart und auf Anordnung der Polizei ihren Wagen auf den Platz gefahren hatten, wurden verhaftet und unter Drohungen, daß man ihre Pferde und sie beim Widerstande niederstrecken würde, zur Hauptwache geführt, wo z. B. einer 3 bis 4 Stunden festgehalten wurde. Vergebens erklärte die Polizei, daß auf dem städtischen Plage sie allein anzuordnen habe, vergebens führte sie an, daß in ihrer Gegenwart das Militär zu einer Freiheitsberaubung überhaupt nicht und am allerwenigsten dann berechtigt sei, wenn nicht nur keine strafbare Handlung vorliege, sondern sie sogar den Befehl zu einer Sanblung ertheilt habe; die Antwort bestand nur in Drohungen, von Kolbenstößen und Niederstrecken, wor Widerstand leisten würde, und vor ihren Augen führte man diejenigen wegen der Handlung zum Arreste fort, die sie angeordnet hatte. Auch der Staats-Anwalt wurde seitens der Polizei verbeugelt. Indes konnte derselbe selbstverständlich bei der exklusiven militärischen Gerichtsbarkeit nichts weiter thun. Unsere Gassenjungen theilnahmen sich sehr lebhaft an dem ganzen Vorgange, unterstützten die Fuhrleute beim Hinaufschaffen der Wägen auf den Platz und begrüßten jeden Wägen, dem es gegen den Willen des Militärs gelang, nach hinaufzugelangen, mit einem donnernden Surral! Da sich jedoch in Folge dieses Karmens und Geschreies immer mehr Menschen anhäufelten, und die Polizei einen größeren Krawall fürchtete, auch den Soldaten, welche erklärten, daß erforderlichenfalls Generalmarſch geschlagen werden würde, nicht gewachsen war, so zog sich dieselbe endlich zurück und die übrigen Wägen, welche noch auf den Platz geschafft werden sollten, mußten auf den Straßen umher stehen bleiben. Erwähnt sei außerdem auch das Curioſum, daß, während Polizei und Militär sich auf den Straßen in einem derartigen Conflict befanden, zufällig zu derselben Zeit der Chef des letzteren, der General v. Falkenstein, beim Chef der Polizei, dem Oberbürgermeister Riper, zur Tafel saß. Dem Oberbürgermeister muß man jedoch die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er seiner polizeilichen Autorität keinen Eintrag thun ließ, die Maafregeln seiner ihm rapportirenden executiven Beamten fortgesetzt billigte und noch gestern Abend eine Besprechung bei der königl. Regierung einreichte. Hiernit kann jedoch die Sache keineswegs abgethan sein; der Vorfall gehört nicht nur unserer Stadt, er gehört dem ganzen Lande an. Er ist auf das Vollständigste dazu geeignet, es endlich zum Austrag zu bringen, ob die Achtung vor der obrigkeitlichen Gewalt auch für die Zukunft so gefährdet werden darf? ob an Stelle des Gesetzes sich der Wille einer exklusiven Klasse geltend machen darf? Möge man doch zu der Erkenntniß kommen, daß nur durch einen neuen Geist ein neues Leben geschaffen werden kann; einzelne verbessernde Maßregeln werden vergebliches Flidwerf bleiben! Selbst wenn der für die Bedürfnisse des Militärs mehr als hinreichend große Platz dem Militärscus zu Eigentum gehört hätte, wäre es nicht billig und ordnungsmäßig gewesen, daß man einen so unerhörten öffentlichen Scandal vermieden und bei dem vor-handenen Bedürfnis das Aufstellen der Wägen, die man nicht anders un-

Anlehnung derselben an das Ministerium sprach sich gleich anfangs aus, indem die von der demokratischen Linken in Frage gestellte Rechtsbeständigkeit der octroyirten Verfassung vom 5. Dezember 1848 bejaht wurde. Auch Grabow stimmte natürlich dafür.

Ueber die inneren Fragen Preußens trat indeffen damals die deutsche Verfassungsangelegenheit in den Vordergrund, und da sich zuletzt die zweite Kammer als unbequem erwies, ward sie am 27. April schon aufgelöst. Es lag hierin eine harte Niederlage für die liberale Partei, ja noch mehr, eine Demüthigung. Nachdem sich die Regierung der Unterstützung derselben erst versichert hatte, befolgte sie die Taktik des divide et impera. Sie machte die Kluft zwischen Liberalen und Demokraten in der Session vom Februar bis April noch größer und gewann jene dafür, an der Niederschmetterung der Demokratie sich zu betheiligen. Man spiegelte ihnen als Lohn dafür vor, daß dann die liberale Partei plein pouvoir habe und das Ministerium alle ihre Wünsche befriedigen werde. Auf diese glänzende, aber trügerische Hoffnung hin hatten die Liberalen (damals Constitutionelle genannt) den Vernichtungskampf gegen die Demokratie mit unternommen. Die Auflösung der zweiten Kammer, in der sie die Majorität hatten, war ein deutliches Zeichen, daß sich die Regierung stark genug fühle, nun ihrerseits auch mit dem kokettirenden Liberalismus aufzuräumen. Es war zwar unanfechtbar; aber Herr v. Manteuffel befaß als gewiegter Staatsmann ein weites Gewissen.

Der eigentliche Hauptschlag gegen die constitutionelle Partei geschah aber mit der Aufhebung des Wahlgesetzes von 1848 und mit der Derovirung des neuen Dreiklassen-Systems im Mai 1849. Auch rang sich jetzt aus der Brust der Betroffenen derselbe Schrei, der vorher schon den Demokraten entfahren war. Diese schieden mit Protest ganz aus dem politischen Leben; die Constitutionellen dagegen nur vereinzelt. Zu diesen letzteren, welche nicht weiter mit einer Regierung gehen wollten, die vollständige Reaction trieb, gehörte auch Grabow. Von Prenzlau aus bezeichnete er die Derovirung des Wahl-

gesetzes als Verfassungsbruch und trat damit vorläufig aus der parlamentarischen Arena.

Aber nicht in Ruhe und abseits dem politischen Leben sollte Grabow nun sein Oberbürgermeisteramt von Prenzlau verwalten können. Für die Einführung des Gemeindegesetzes von 1850 war er zum Commissar in seinem Kreise erwählt worden. Dies Gemeindegesetz ist eins der besten und von wirklich freiem Geist getragenen, so daß es heute noch selbst Waldeck im Allgemeinen befriedigt. Kein Wunder, daß die herrschende Reaction von 1850 dies Gesetz, trotzdem es von Manteuffel kam, bekämpfte und, wenn sie konnte, ignorirte. An eine Durchföhrung und Einführung desselben in allen Provinzen war damals gar nicht zu denken, am wenigsten in der Ufermark, wo die Grands von Brandenburg, die Junker und ihre Sippe groß Hof halten. Es war zwar auch Revolution, einm Gesetz, den Gehorsam zu verweigern; aber von Seiten der stolzen, thatenreichen Reaction sollte damit der irrenden Regierung nur ein Wink gegeben werden. Kurz und gut, das Gemeindegesetz blieb nur auf dem Papier und Manteuffel duldete es, um es mit der Reaction nicht zu verderben.

Nach und nach ging man auf dem Wege der Verordnungen zur Beseitigung freisinniger gesetzlicher Ordnungen weiter. Die Nationalversammlung hatte die Kreis-, Provinzial- und Communal-Landtage aufgelöst; die Reaction setzte ihre Wiedereinföhrung durch. Grabow erklärte auch diese That für eine ungesetzliche und schied mit Protest aus allen diesen kleineren Landtagen aus. Erst nachdem, mehrere Jahre später, die Kreisstände gesetzlich durch die Kammern hergestellt waren, nahm er wieder an ihren Beratungen Theil, wozu er jedoch den Provinzial- wie Communal-Landtagen auch weiterhin fern blieb.

Männer von solchem Charakter, die über Rechtsbrüche der Regierung nicht die Augen zu schließen wissen, sind natürlich nach oben hin nicht angenehm. Es ist nach und nach dahin gekommen, daß nur Bedientenseelen als loyale Staatsbürger gelten und Männer von fester Ueberzeugung und Rechtsinn der Fürsten Ungnade zu ertragen haben.

terzubringen wußte, gestattet hätte? Und würde nicht jede städtische Behörde in ähnlichen Fällen der Militärbehörde bereitwillig entgegengekommen sein?

Grandenz, 29. Juni. [Kriegsgerichtliche Urtheile.] Man schreibt der „Volksz.“: Am 25. Juni ist hier das Kriegsgericht über die 12. Compagnie des hier garnisonirenden 45. Infanterie-Regiments abgehalten worden. Dieselbe hatte bekanntlich vor einigen Monaten ihrem Hauptmann — von Besser heißt derselbe — einstimmig den Dienst verweigert, weil er sie zu sehr maltätig haben sollte. Es sind 102 Mann verurtheilt; das geringste Strafmaß sind 4 Jahre Einstellung in die Straffaction, das höchste Strafmaß 20 Jahre, mit welchem namentlich die Unteroffiziere der Compagnie angefallen sind. Ueber das Verfahren des Hauptmanns erzählt man sich hier haarsträubende Dinge. . . . Gegenwärtig thut er keinen Dienst, geht aber überall frei umher; bei seinen Kameraden ist er nichts weniger als beliebt — und hat schon früher in drei anderen Regimentern gestanden, zuletzt in Braunsberg bei den Jägern, wo ähnliche Sachen vorgekommen sein sollen. Die 12. Compagnie war seit dem Vorfall im Winter von den übrigen Truppen abgefordert worden und wurde namentlich viel mit Festungsarbeiten beschäftigt.

Düsseldorf, 30. Juni. [Zu Artikel 4 und 12 der Verfassung.] Der von den Notabeln der Kaufmannschaft getroffenen Wahl eines der Richter für das hiesige Handelsgericht ist, scheinbar genommen nach, die königliche Bestätigung versagt worden, weil der Gewählte jüdischen Glaubens ist. Hält man diese Thatsache mit den Erklärungen zusammen, welche der Regierungskommission in der Petitions-Commission des Abgeordneten-Hauses auf die Petitionen des Ober-Rabbiners Sutor in Münster und mehreren Gerichtsassessoren abgegeben hat, so kann kein Zweifel mehr darüber obwalten, wie unter dem jetzigen Ministerium die Artikel 4 und 12 der Verfassungsurkunde zur Ausführung gelangen.

Deutschland.

Kassel, 29. Juni. [Warum Mißtrauen.] Die „Kasseler Zeitung“, das Organ der Regierung, fragt in einem längeren Artikel: „Warum Mißtrauen?“ Das ist doch gewiß naiv genug. Herr v. Dohn-Rosfelder, der als Landtags-Commissar, als General-Staats-Procurator, als Ministeriums-Verweiser und als Mitarbeiter der „Kasseler Zeitung“ die Rechtsbefähigung, Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der Verfassung von 1831 bis zum Neuesten bekämpft hat, der schon 1847 als Landtags-Abgeordneter derselben eine Deutung zu geben versucht hat, die mit ihrem wahren Sinne und mit den 1848 und 1849 gemachten Zusätzen u. schnurstracks im Widerspruch steht, derselbe Mann, der als politischer Gesinnungsgegner Hasenpflug's und Bolmar's, als religiöser Nachbeter Wilmar's, als Schwäger Abbe's allgemein bekannt ist, derselbe Mann läßt sich jetzt dazu gebrauchen, das alte Verfassungsrecht wieder herzustellen und neu zu beleben, und will sich zugleich der schweren Aufgabe unterziehen, zwölfjährige Schäden zu beseitigen und den allerletzte Haß und Groll und Unfrieden zu beschwören! Und dabei ruft er ganz gemüthlich: Warum Mißtrauen? Ja, er glaubt seiner Sache so gewiß zu sein, daß er geradezu „zu festem und offenem Widerstande gegen jede Maßregel oder Bestrebung, zu einem klaren und bestimmten Worte, gegen jede Unterlassung“, wodurch das Ministerium Mangel an Entgegenkommen zu dem Werke des Friedens an den Tag lege, herausfordert. Nun, daran wird es die Verfassungs-Partei gewiß nicht fehlen lassen. Es wird sich dann zeigen, wie weit das Entgegenkommen geht und wo die Zähne und Hebel des alten Systems wieder eingesetzt werden sollen. Zunächst ist es die Herstellung des alten bleibenden Ständes-Ausschusses, woran sich die Kräfte und der gute Wille beider Theile messen werden.

Kissingen, 28. Juni. [Ueber die Krankheit der Kaiserin von Oesterreich.] wird der ausg. „A. Ztg.“ geschrieben: Aus zuverlässiger Quelle können wir die Nachricht geben, daß die in vielen Blättern verbreitete Ansicht, als leide die Kaiserin von Oesterreich an einer Brustkrankheit, eine völlig irthümliche und daß im Gegentheil alle bei der Kaiserin früher vorhandenen Brusterscheinungen so vollkommen in den Hintergrund getreten sind, als wären sie niemals vorhanden gewesen. Das gegenwärtige Uebel der Kaiserin ist vielmehr eine Krankheit der blutbereitenden Organe (Lymphdrüsen und Milz) und in Folge davon der Blutmasse selbst; es wurde diese Ansicht immer schon von der Mehrzahl der die hohe Kranke beratenden Aerzte festgehalten, und aus diesem Grunde zunächst wurde ihr auch der Gebrauch Kissingers empfohlen. Der bisherige günstige Erfolg der Kur dürfte diese Ansicht auch vollkommen rechtfertigen und die Gemüther aller derjenigen beruhigen, welche sich die hohe Kranke als im letzten Stadium der Lungen-Tuberculose befindlich vorstellten. Ihre Majestät hat in Kissingen an dem Arm ihres Vaters, des Herzogs Mar, wiederholt schon den Kurplatz besucht, man sah sie auch schon in der dortigen katholischen Kirche, und ihr gegenwärtiges Aussehen ist wieder ein so erfreulich gutes, daß es sich nur wenig mehr von dem früheren unterscheidet. Die Kaiserin wird deshalb gegen das Ende der jetzigen Woche ihrer Kur — also 10. bis 12. Juli — Kissingen verlassen, und sich beabsichtigt weiterer ärztlicher Behandlung ins elterliche Haus nach Pöfinghofen begeben.

Wie unser schönes germanisches Naturell durch das Fürstenthum corrumpt und romanisch-bizantinisch gemacht wurde, d. h. sich krümmen vor der Macht und jervoll werden lernte, so sucht der moderne Staat auch Männern ohne diese Laster-Tugenden, Charakteren von Offenheit, Geradheit und Selbsttreue, das Leben zu erschweren und sie wie halbe Verbrecher zu behandeln.

Grabow sollte dies, wie viele andere preussische Männer, erleben. Im Jahre 1850 erwählte ihn nämlich die Stadtverordnetenversammlung von Magdeburg zum Oberbürgermeister. Aber wie hätte die preussische Regierung damals einem Manne wie Grabow, der gegen Rechtsbrüche zu protestiren sich erlaubte, eine Erhöhung an Ehre und materiellem Wohlsein gönnen sollen? Die königliche Bestätigung blieb also aus, da man Oberbürgermeister von solchem Schlage nicht gebrauchen konnte.

Bald darauf war die Wahlperiode in Prenzlau abgelaufen und die Stadtverordneten dieser Stadt erwählten Grabow abermals zum Oberbürgermeister derselben, und diesmal auf Lebenszeit. Die Regierung war kleinlich genug, auch die Bestätigung dieser Wahl zurückzuweisen. In Folge dessen beschränkte man die Dauer der Periode auf zwölf Jahre. Fast schien es, als wollte das Ministerium den Mann ganz um sein lang mit Ehren verwaltetes Amt bringen, denn neun Monate währte es, ehe die Bestätigung eintraf. Aber nicht etwa die des Ministeriums, welches den Mann mit Groll betrachtete und an ihm gern eine Rache gekühlt hätte; die Bestätigung der Wahl bestand in einer k. k. Cabinetsordre ohne die Gegenzeichnung eines der Minister, so daß Grabow in Wahrheit ein nicht constitutionell eingesetzter Oberbürgermeister ist.

So lange Mantuffel und Westphalen regierten, war die Demokratie geduldet, der Liberalismus eine Unrührigkeit. Die liberale Gentry, die in der Kammer saß, mußte sich gefallen lassen, zur Verflüchtigung der Verfassung und Einrichtung des neuerfundnen Scheinconstitutionalismus mitverbraucht zu werden; ihre Opposition duldete man

Gotha, 27. Juni. [Verurtheilung.] In der heutigen Sitzung des Kreisgerichts wurde der 57jährige Superintendent Henne zu Körner wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von zehn Monaten sowie zum Verluste der staatsbürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre und Dienstentsetzung verurtheilt.

Koburg, 29. Juni. [Von den in England wohnenden Mitgliedern des Nationalvereins,] die in London derzeit versammelt sind, ging gestern hier, wie die „Koburg. Z.“ mittheilt, eine telegraphische Depesche mit der Benachrichtigung ein, daß die Versammlung des Nationalvereins (am 28. Juni), dem Herzog Ernst von Koburg, als dem freundlichen Schützer desselben, ein einstimmiges Hoch ausgedrückt habe.

Kiel, 29. Juni. [Zum deutschen Handelsgesetzbuch.] — Aufhebung des Patzwanges. Der hiesige Handels- und Industrie-Verein hat, nach den „Hamb. Nachr.“, eine Eingabe an die Regierung gerichtet, worin die beschleunigte Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches erbeten wird. Eben so wird der Verein sich an die holländische Ständeverammlung, sobald dieselbe zusammentreten wird, mit dem Gesuch wenden, daß sie die unveränderte Einführung des genannten Gesetzbuches befürworte. Man wird gleichfalls darauf hinwirken, daß die Handels-treibenden anderer Städte Holsteins gleiche Schritte, wie der Handels- und Industrie-Verein in dieser Sache vornehmen.

Oesterreich.

C. C. Wien, 1. Juli. [Abgeordneten-Haus.] Nach Genehmigung des Etats des Finanzministeriums geht das Haus zur Verhandlung über die „Wünsche“ über. In Nr. 1 derselben soll die Regierung aufgefordert werden, eine durchgreifende Reorganisation der ganzen Finanzverwaltung zur Erlangung großer und anbauender Ersparungen in Angriff zu nehmen. Eine zweite, am dem Finanzminister gegenüber den Beweis zu führen, daß er an schärfereisen Ideen keinen Mangel habe. Zugleich führt er die Gründe für seine Opposition gegen die Finanzverwaltung an, die große Unfähigkeit der österr. Finanzminister beklagend, welche allein die zahlreichen Krisen der österr. Finanzen verschulde. Er jagt dem Finanzminister seine Unterstützung zu, für den Fall, als derselbe planmäßig die Regelung der Finanzen in Angriff nehmen würde. Während der Rede entfernten sich sämtliche Minister, um einer Konferenz beizuwohnen zu können. Infolge dessen wird auf Antrag des Präsidenten die Sitzung geschlossen.

[Der kurbessische General von Hagnau] hatte die Ehre, am Montag zur kaiserlichen Hofstafel nach Laxenburg geladen zu werden, und ist heute nach Teplitz abgereist, wo sich bekanntlich der Kurfürst befindet.

[Zum preussisch-französischen Handels-Vertrage.] Die brünnere Handels- und Gewerbe-Kammer hat im Austrage des Handelsministers ein Comité niedergesetzt, welche die Zollfrage jenes Vertrages und deren Einfluß auf die österreichische Industrie einer genaueren Prüfung unterziehen und dann seine Anträge an die Kammer stellen soll. Gleichzeitig hat diese selber den Antrag ihres Präsidenten angenommen, die Regierung zu ersuchen, sie möge zur Vermittelung einer handelspolitischen Isolirung Oesterreichs, in direkte Verhandlungen mit Frankreich über die commerciellen Beziehungen beider Länder zu einander treten. Auch wird, dem „Nähr. Corresp.“ zufolge, Abg. Steine dieser Tage unter Hinweisung auf den preussisch-französischen Handelsvertrag eine Interpellation um Aufschluß über die Verhandlungen mit dem Zollverein, so wie über die, in dieser Richtung obwaltenden Hindernisse stellen — da, nach Ansicht des Interpellanten die Industrie Oesterreichs schon so weit vorgeschritten ist, daß ein Eintritt Gesamt-Oesterreichs in das Zollvereinsgebiet möglich sei. Eine ähnliche Interpellation wird auch im Herrenhaus gestellt werden.

Italien.

Turin, 28. Juni. [Die Stimmung gegen Ratazzi.] — Das Hervortreten der Actionspartei. Bei Gelegenheit der Budgetdebatte, die bekanntlich mit einem Vertrauensvotum für das Ministerium endete, sprach Peruzzi mit Nachdruck für die Nothwendigkeit, daß Italien Rom zur Hauptstadt erhalten müsse. „Das Ministerium Ratazzi — setzte der Redner hinzu — muß durch moralische Mittel und nicht durch eine Politik der Kniffe und Pisse Erfolge zu erlangen suchen.“ Der ganze Verlauf der Debatte beweist, daß bei der Majorität der Kammer die Stimmung gegen Ratazzi ziemlich kalt ist. Wenn sich dennoch eine ziemlich erhebliche Mehrheit für das Vertrauensvotum ergab, so hat dies seinen Grund darin, daß es in diesem Augenblicke an einer andern Persönlichkeit fehlt, die Ratazzi bei der heillosen Verfahrenheit der römischen Frage ersetzen und dieselbe mit Frankreich zur Lösung bringen könnte. — Die genueser Emancipations-Gesellschaft hat einen vom 15. Juni aus Belgirate datirten Aufruf veröffentlicht, worin geradezu erklärt wird, daß die Zeit gekommen sei, wo das Volk selbst die Initiative ergreifen und nach Rom und Venedig gehen müsse. Was dabei besonders auffällt, ist, daß Garibaldi als Präsident des Comité's unter den Unterzeichnern oben steht. Man darf indeß hierauf nicht zu viel Gewicht legen, denn Garibaldi ist seit dem 15. nach Turin gekommen, hat Ratazzi und dem König die oft gegebenen Versicherungen wiederholt und hat der Emancipations-Gesellschaft, wenn auch nicht geradezu den Rücken gekehrt, so doch wenigstens deutlich genug gezeigt, daß er sich von ihr fern halten wolle. Crispi's Brief kann dies nicht wegdemonstriren. Für die augenblickliche Stellung Garibaldi's ist es bezeichnend, daß er am Sonntag in Palermo, wo er unvermuthet zur Einweihung der National-Schießstätte eingetroffen ist, das Volk zur Eintracht ermahnte.

Schweiz.

Luzern, 27. Juni. [Die Legitimisten.] Die „Schweizer Zeitung“ berichtet: Graf Chambord gibt jeden Abend in seinem Hotel eine Soirée. Um 7 Uhr kommt er aus seinem Hotel hinüber zum Diner in den Schweizer Hof und vor 8 Uhr ist er wieder zurück. Nun entwickelt sich großes Leben in den Räumen vor den Schweizerhof-Hotels. Die französischen Gäste strömen von allen Seiten zu Fuß und zu Wagen herbei in den elegantesten Toiletten. Die Damen strahlen in lauter Atlas, weiß, reich mit blühenden Diamanten von Gold, Blumen und Diamanten. Man sagt, daß kein k. k. Hoflager je etwas Reicheres und Glänzenderes beim Empfang gesehen.

Frankreich.

* **Paris**, 27. Juni. [Die Anerkennung Italiens wieder verzögert.] — Die „goldne Maske“ der Finanz. — Wie der Kaiser beschlossen hat, daß ein Fluß zu fließen aufhöre. — Zwei militärische Aktenstücke. Die Anerkennung des Königreichs Italien durch Rußland scheint von neuem zweifelhaft geworden zu sein; in der italienischen Gesandtschaft sagt man, das berliner Cabinet suche den petersburger Hof zurückzuhalten. Das ist nicht unmöglich, aber das eigentliche Motiv Rußlands scheinen die Brandanlegungen zu sein, deren Urheber als Werkzeuge des Mazzinistischen Comité's in London betrachtet werden. — Der Cassationshof hat, wie wir schon gestern meldeten, in der Angelegenheit Mirès das Urtheil des Appellhofes von Douai kassirt. Wir haben schon die Bedeutung dieses Verfahrens erklärt, dessen Zweck ist, das Urtheil in seinen moralischen und juristischen Wirkungen — abgesehen von der Person des Mirès — zu vernichten. Der Generalprocurator Dupin hatte die Conclusionen des Berichterstatters unterstützt. Zwei Cassationsmotive wurden zur Geltung gebracht: Die Behauptung des Urtheils von Douai, daß Mirès berechtigt war, die deponirten Werthpapiere zu verkaufen, und daß er keine fictiven Dividenden ausbezahlt habe. Erstere ist von großer Wichtigkeit, denn gemäß der Jurisdiction des Appellhofes von Douai wäre jedes Haus, welches Geld auf Werthpapiere vorschießt, berechtigt gewesen, mit diesen Werthpapieren zu speculiren, auf die Gefahr hin, die Eigentümer derselben zu Grunde zu richten. Sehr picant war eine Bemerkung des Herrn Dupin; er fragte, weshalb der Hof von Douai das Anerkennen Mirès, Rechenschaft über eine Summe von 5 Mill. abzulegen, nicht angenommen habe, und er fügte die bedeutsamen Worte hinzu: Die Politik hat ihre „eiserne Maske“ gehabt, wird die Finanz ihre „goldene Maske“ haben? — Der große Streit wegen Ableitung der Quellen der Duys nach Paris ist gestern im Senate endgiltig zu Gunsten des kaiserlichen Decrets entschieden worden. Die Petition verlangte nämlich die Annullirung des Decrets, weil dasselbe nicht verfassungsmäßig erlassen sei. Der Senat hatte die Petition in einer früheren Sitzung an einen Ausschuss zur Prüfung überwiesen, und gestern entschied die Versammlung, dem Antrage der Commission gemäß, daß die Petition zu verwerfen sei. Formell kann dieser Ausspruch nicht angegriffen werden. Die Verfassung von 1852 giebt dem Kaiser die Befugniß, vermittelst einfachen Decrets jede beliebige Expropriation vorzunehmen zu können. — Der „Constitutionnel“ bringt heute einen Artikel des Herrn v. Troimonts über die schleswig-holsteinische Frage, worin die Rechte Deutschlands in einer Weise vertheidigt werden, wie es von der französischen Presse, sei es aus Unkenntnis oder aus bösem Willen, gewöhnlich nicht zu geschehen pflegt. — Der heutige „Moniteur“ bringt einen aus Orizaba datirten Tagesbefehl des Generals Lorencez. (In telegr. Auszüge schon in unserem gestrigen Morgenblatt mitgetheilt. Inzwischen hat der „Moniteur“ auch den eingelaufenen Bericht des Generals an den Kaiser veröffentlicht. Siehe gestr. Mittheilung.) Dieser Tagesbefehl lautet:

Soldaten und Seelente! Euer Marsch auf Mexico wurde durch materielle Schwierigkeiten gehemmt, die Ihr nach den Berichten, die man Euch gegeben, nicht erwarten konntet. Man hat Euch hundertmal gesagt, daß die Stadt Puebla Euch mit Sehnsucht herbeirufe, und daß ihre Bevölkerung sich zu Euch herandrängen werde, um Euch zu bekränzen. Mit dem Vertrauen, das uns diese trübseligen Versicherungen einflößten, kamen wir vor Puebla an. Diese Stadt war mit Barrikaden bedeckt und dominiert von einer Festung, wo man alle möglichen Verteidigungsmittel angehäuft hatte. Unsere Feldartillerie war unzureichend, um Breche zu schießen, und Belagerungsgeschütz war nöthig geworden; wir haben dieses nicht. Aber voll Vertrauen in Eure Furchtlosigkeit habt Ihr Euch ohne Furcht über die von Artillerie und einer dreifachen Reihe von Geschützwerken beschützten Festungswerte hergestürzt, während Ihr zu gleicher Zeit dem Angriffe mehrerer Bataillone und zahlreicher Reiter auf Eurer Platte zu widerstehen hattet. Ihr habt gethan, was nur französische Soldaten thun können, und als die Ersten unter Euch auf den Wällen von Guadalupe angekommen waren, da ergoß sich ein wolkenbruchartiger Regen herab und setzte uns in die Unmöglichkeit, den Angriff fortzusetzen. Soldaten und Seelente, Ihr habt am 5. Mai Beweise von einem heldenmüthigen Muth gegeben, und der Feind hat Euch an diesem Tage so gut kennen gelernt, daß er Euch während Eures Rückzuges von Puebla nach Orizaba, obgleich Ihr durch zweihundert Transportwagen in Verlegenheit gesetzt wartet, nicht anzugreifen oder auch selbst nur zu beunruhigen gewagt hat. Zu Palmar triffen 22 mericanische Cavalleristen ihre Waffen vor einem Brigadier und 4 afrikanischen Reitern. Zu Aculcingo war die Cavallerie des Generals Marquez am 18ten Abends von der Armee Zaragoza's, die von Combrès her vorrückte, abgeschnitten worden. Das 2te Bataillon des 99. Linien-Regiments rückte mit einer Abtheilung Bergartil-

als Mittel dramatischer Belebung der Debatten, aber die Regierung mit dem Corps ihrer Landräthe und getreuen Schildknappen höhnte sie durch Mißachtung. Diese Beleidigung hat der Liberalismus der Reaction nicht vergessen können; er fühlte tieferen Haß gegen sie als die Demokratie ihn empfindet. Westphalen wußte dies auch recht gut, aber es gränzte ihn nicht. Er brauchte Kammern als willige Werkzeuge der Regierung, als ein Stück der bürokratischen Maschine von preussischem Zuschnitt. Wenn es ihm doch nicht ganz gelang und selbst die beeinflussten Wahlergebnisse zuletzt gegen ihn waren, so lag es nur daran, daß er durch die Größe seiner demoralisirenden Politik die Disposition dagegen selber aufrief. Es war nicht so viel disciplinirte, der liberalen Bourgeoisie entrißene Bureaucratie vorhanden, um mit ihr die zweite Kammer zu füllen und dadurch den alten preussischen Beamtenstaat und seinen Geist mit dem modernen Scheinconstitutionalismus in Einklang zu setzen, während im Herrenhause das Junkerthum die letzten Schanzen seiner Herrlichkeit vertheidigen konnte. Junker und Beamte zu Geführenten der Verfassung zu machen, das war eine große Idee, aber zu groß, um sie realisiren zu können.

Mit dem Beginn der neuen Aera wurde auch der Bann für die liberale Partei aufgehoben. Die neue Regierung des Prinz-Regenten war zum Theil aus Führern dieser Partei gebildet; diese selbst war also gewissermaßen zum Elitecorps des Ministeriums erhoben worden. Auch ward ihr jetzt der Weg in die Kammer mit Sorgfalt geebnet und sowohl die Regierung wie die Demokratie förderten ihr Fortkommen. So kam es, daß sie in der Session von 1859 bis 1861 die Majorität in der Kammer bildete und sie nun ihrerseits die Reaction als oppositionelle Minderheit vorfand, um an ihr das Muthigen zu fühlen. Stolz blickte sie wieder nach zehn Jahren auf ihre Reihen und fühlte sich als auserlesene Schaar der Nation, umringt von Liebe und Macht, und der getreue Ausdruck des Landes.

Auch Grabow war wieder in Prenzlau gewählt worden und trat in die Reihen der Partei, die unter Vinke ihre neue Organisation

fand. Wie Grabow sich zurückgezogen hatte, als die Liberalen Opfer der Reaction wurden, so betrat er auch wieder die parlamentarische Bühne, als für seine Partei in Glanz und Fülle der Nacht eine neue Aera begann. Daß er noch immer einer der Generale war, darüber belehrte ihn die fünffache Wahl zur Kammer; in dieser Ehre lag zugleich ein Lohn für erlittene Hintansetzung, eine Anerkennung für seine männliche Ueberzeugungstreue.

Die Wahl Simons zum Präsidenten gab in bezeichnender Weise den Ausdruck der Stellung, welche die liberale oder constitutionelle Partei einnehmen sollte. Sie war in aller Macht wieder in die Arena getreten, aber lediglich um zu conserviren und um eine passive Rolle der Stütze für die Regierung zu spielen. Sie sollte herrschen, aber nicht regieren; sie hatte keine Gegenstände auszugleichen, keine Kämpfe zu führen; sondern sie sollte der reactionären Revolution einen starken Damm entgegensetzen und so die Wasser sich wieder in Ruhe sammeln lassen. Simon als Präsident der Kammer war der Ausdruck ihrer Passivität; Vinke als ihr König und Oberfeldherr der liberalen Majorität bedeutete, daß diese Majorität nur zu Scheingefechten und Pläneleien benutzt werden sollte, kein ernstlicher Eroberungskrieg im Plane lag.

Grabow wurde zum ersten Vizepräsidenten erwählt. Darin lag abermals ein bezeichnender Ausdruck seiner Partei, eine ideelle Kundgebung, die man gar nicht übersehen darf. (Schluß folgt.)

Paris. Ein junger Oelmann, von einer ausgezeichneten Mutter ausgezeichnet erzogen, wird nach Paris geschickt, um seine Studien zu vollenden. Er lebt wie ein Mönch, nur seine Bücher haben Reiz für ihn, das bunte, verlockende Leben des modernen Babylon existirt nicht für ihn. Aber eines Tages liest er die Ankündigung eines hal public, seine Mißgeburde wird rege, er geht hin. Unter tausenden von abstoßenden Gestalten sieht er ein Mädchen, das durch ihr zurückhaltendes Wesen den jungen Mann wunderbar anzog. Sie haben sich öfter und der Eindruck, den das Mädchen auf das Herz des unerfahrenen Jünglings machte, wurde mit jedemmale bedeutender. Er besiegte endlich seine Schüchternheit und besuchte Amalie, deren feines, sitt-

M e r i k a.

lerie von Ingonio heran, um diese Reiterei zu begagiren. Es stürzte sich über den Feind mit einem solchen Ungestüm her, daß es ihm eine Fahne nahm, die zerstreut von der Armee von Saragoja und 800 Mann Fußvolk und 400 Mann Reiterei zu Gefangenen machte. Das Bataillon des 99ten Regiments, von dem Commandanten Lefebre befehligt, hat sich im Kampfe von Alculingo mit Ruhm bedeckt. Soldaten und Seelente! Eure Waffen thaten seit Euren Abmarsch von Cordova am 19. April bis zu Eurer Rückkehr in Orizaba am 18. Mai, die Schwierigkeiten, die Ihr zu bezwingen hattet, werden vom Kaiser beurtheilt und gewürdigt werden, und seid versichert, daß Se. Majestät durch eble Zeugnisse Euren Muth und Eure Aufopferung anerkennen wird. Es lebe der Kaiser!

Orizaba, 21. Mai 1862. Der Ober-Commandant General de Lorencez.

G r o ß b r i t a n n i e n.

London, 28. Juni. [Bermählung der Prinzessin Alice.] Ueber die bevorstehende Bermählung der Prinzessin Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen schreibt das „Court Journal“: „Wir haben gehört, daß die vier Cabinets-Minister, welche mit einer Einladung zu der Hochzeit der Prinzessin beehrt worden sind, Lord Palmerston, Earl Granville, Earl Russell und Sir G. Grey sind. Der Maharadschah Dulp Singh hat gleichfalls eine besondere Einladung erhalten, welche um so schmeichelhafter für Se. kgl. Hoheit ist, als der Kreis der Anwesenden sich auf Mitglieder der fürstlichen Familien, welche in verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem Brautpaar stehen, und auf ein paar notwendige Beamte beschränkt. Die Angehörigen des Prinzen Ludwig werden in halber Trauer erscheinen, obgleich sie wegen des kürzlich erfolgten Todes der Großherzogin von Hessen in tiefer Trauer sind. Viele sehr werthvolle Geschenke für die königliche Braut sind vor Kurzem vom Festlande angekommen, darunter Geschenke des Königs der Belgier, des Königs und der Königin von Preußen und anderer kaiserlich-königlichen Verwandten. Kurz nach der Hochzeit begeben sich die Neuvermählten von Osborne nach St. Clare. Der Tod der Großherzogin von Hessen scheint einige Aenderungen in den Plänen des Prinzen Ludwig und der Prinzessin Alice veranlaßt zu haben; denn es scheint jetzt keinem Zweifel mehr zu unterliegen, daß der Prinz und die Prinzessin sich einige Zeit im Jahre, wenn nicht permanent, in Darmstadt aufhalten werden, wo schon eine Wohnung für sie in Bereitschaft gesetzt ist. Vorher jedoch werden sie sich in Frogmore aufhalten. Die Prinzessin wird, da die Hochzeitsfeier eine ganz stille sein soll, nur von Brautjungfern, die der königlichen Familie angehören, nämlich von ihren drei Schwestern und der Prinzessin Anna von Hessen, zum Altare geleitet werden. Wegen Unwohlseins des Erzbischofs von Canterbury wird der Erzbischof von York die Trauung vornehmen.“

R u ß l a n d.

Petersburg, 27. Juni. [Kriegsgericht.] Auf Befehl des General-Inspectors des Geniewesens sind drei Offiziere vom Leibgarde-Sappeur-Bataillon vor das Kriegsgericht gestellt worden. Der Grund hiervon ist folgender: Am 22. Mai wurde in der Kaserne des genannten Bataillons der ehemalige Student Zakowlew verhaftet, weil er die Soldaten aufzuwiegen versucht hat. Der Stabskapitän Engel und Lieutenant Poshnikow haben ungeachtet des Befehls des Bataillons-Commandeurs, den Zakowlew sofort unter Eskorte vor die Polizei bringen zu lassen, den Gefangenen dem Lieutenant Jellinski übergeben, mit der Bemerkung, er möge mit demselben nach seinem Ermessen verfahren. Jellinski nahm den Gefangenen, ohne Begleitung und ohne eine Schildwache an die Thür zu stellen, in das Schlafzimmer, blieb mit ihm allein und gab zu, daß er die bei sich führenden Papiere vernichtete. Letzteres geschah, wie die Untersuchung ergeben hat, mit Vorwissen des Kapitän's Engel und auf Anrathen des Lieutenant's Poshnikow.

O s m a n i s c h e s R e i c h.

Belgrad, 27. Juni. [Der Konflikt.] Wie bereits gemeldet, hat der Pfortenkommissar mit dem neuen Festungsgouverneur gestern um 11 Uhr Vormittags dem Fürsten, sämtlichen Konsuln und Ministern die Visite gemacht. Nachmittags gingen alle sechs Konsuln in die Festung und hielten sich dort drei Stunden auf. Von serbischer Seite sind der Minister des Aeußern, Garaschamin, und der Senatspräsident, Marinovic, als Konferenzmitglieder designirt. Bisher beschränkte sich das Konferiren darauf, den Ursprung des Konflikts zu eruiren, und es hat sich vollkommen bestätigt, daß der Konflikt durch die Türken provocirt wurde. — Die Türken in Schabaz und Smederevo wollten die Festungen den Serben übergeben, allein man hat dieses Anerbieten nicht angenommen, da über Belgrad noch nichts entschieden ist.

* Wie man dem „Pesther Lloyd“ aus Belgrad vom 28. Juni schreibt, haben die Konferenzen noch kein Resultat geliefert, indem nur an der Erhebung und ausführlichen Berichterstattung über den Thatbestand gearbeitet wurde. Die Diplomatie hat die Feindseligkeit eingestellt, und es dürften Monate vergehen bis zur entscheidenden Wendung der Dinge. In Folge höheren Auftrages hat die serbische Polizei sämtliche durch das Bombardement zerstörte und beschädigte Häuser so wie den dadurch einzelnen Individuen verursachten Schaden aufgenommen.

isches Wesen, deren Beiseidenheit, deren ernste Art zu denken und zu sprechen, ihn so hinriß, daß er ihr keine Leidenschaft entdedte. Doch des Mädchens Miene war noch strenger geworden, wie nies ihn zurück. „Sie täuschen sich, mich führt nicht die Lust auf die Wälle, nicht die Freude am Vergnügen. Ich habe eine Mission, der ich lebe, ich will die jungen Seelen, die ihrem Verderben zuweilen, durch meinen Rath retten und schon oft ist es mir gelungen, sie auf den Weg der Tugend zurückzuführen. Ich werde, wenn Sie wollen, auch Ihre Retterin sein.“ Mit Dank und Entzücken nahm der junge Mann das Anerbieten an und der seltene Werth, die hohe Tugend des schönen Mädchens war ein neuer Reiz in seinen Augen. Ihre beiderseitigen Unterhaltungen hatten jetzt nur einen religiösen Hintergrund. Gecia ließ ihren Numa keiner Versuchung ausweichen; er mußte ihr alles Geld, was sie bei ihm sah, bald 200 Fr., bald 12,000, bald auch mehr ausliefern. Die Summen wurden immer bedeutender. Da stotter plötzlich die reichen Sendungen von Hause — und Gecia war verschwunden. Der trostlose junge Mann gab sich die größte Mühe, seine fromme Freundin aufzufinden. Es war vergebens und nun erst fiel es wie Schuppen von seinen Augen und er erkannte, daß er in die Hände einer sehr schlaun Gaunerin gefallen war: eine Erkenntniß, die freilich etwas theuer erkauft war.

Berlin, 29. Juni. Der „Publ.“ erzählt folgende Geschichte: „Eine hier ansehnliche angehende Familie von altem Adel hat, als zu dem von der feudalen Partei seiner Zeit berufenen Kongresse der Conservativen aller Stände manche unbemittelten Genußgenossen aus den Provinzen hier eintrafen, gleich anderen vornehmen Familien den Annehmlichkeiten gastfreundlicher Haus geöffnet. Der Beherbergter waren vier, unter ihnen ein junger Mann aus Pommern, welcher ebenso ausgezeichnet war durch sein einnehmendes Aeußere, wie durch einen seinen Stand überragenden Bildungsgrad — er ist nämlich Faktor einer kleinen Schuh- und Siefelfabrik — erlich durch die Energie seiner konservativen Gesinnung. Der junge Mann ist mit größter Zuverlässigkeit behandelt worden, leider aber hat die Familie ihre Gastfreundschaft jetzt zu beklagen. Die zweite Tochter des Hauses, eine überaus liebenswürdige junge Dame, hat sich nämlich in den hübschen Stiefelfabrikanten verliebt, fand selbstredend Gegenliebe, hat aber ihre Neigung bis jetzt geheim gehalten, und nur unter der Hand mit dem Geliebten correspondirt. Ränger aber vermochte sie nicht ihr volles Herz zu wahren, sie hat ihren Eltern nun alles gekündigt, mit der Versicherung, daß ihr Lebensglück zerstört sein, und der Gram sie tödten würde, wenn ihrer Neigung Hindernisse entgegengekehrt werden würden. Man kann sich

[Aus Nordamerika. — Aus Mexiko. — Südamerika-nische Post.] Einer der neuesten Berichte aus New-York vom 18. Juni sieht die Lage weniger rosig für die Unionsache an, als die übrigen. Derselbe lautet: Immer gefährlicher gestalten sich die Angelegenheiten des Bundes, der seine besten Kräfte nutzlos verschwende, theilweise der Gargier der Spekulation preisgegeben hat. Mißtrauen und Unmuth wachsen, man wird immer mehr eines Krieges müde, der doch nur als ein großer Humbug sich darstellt. Aus Mount Jackson, vom 16. d. M., bringen die Morgenblätter folgendes Telegramm: „Im Hauptquartier ist zuverlässige Kunde eingegangen, daß General Jackson abwärts am 12,000 Mann verstärkt worden ist. General Fremont befindet sich in einer ausgelegten Lage und in Gefahr, von bedeutend überwiegender Macht überwältigt zu werden. Es sind keine Verstärkungen für ihn auf dem Wege. Man glaubt, daß ein großer Theil der forinther Armee abgesehen werden soll, um das Shenandoathal mit seinen ungeheuren Weizenvorräthen bis nach der Erntezeit zu halten.“ — So geht es, wenn zwei Advokaten (Präsident und Kriegsminister) die militärischen Angelegenheiten eines großen Staates zu leiten unternehmen, und dann beiläufig auch noch jede tüchtige Kraft übersehen oder gänzlich zurückgeschoben wird. — Die augenblickliche Lage der Dinge in Mexico wird am schlagendsten durch den Tagesbefehl des General Lorencez gekennzeichnet. Bemerkenswerth ist darin das schlechte Zeugniß, welches General Lorencez in diesem Actenstücke öffentlich seinen mexicanischen Verbündeten ausstellt; er klagt sie geradezu an, ihn betrogen zu haben. Auch sonst wird berichtet, daß der General in den schlechtesten Beziehungen zu Almonte und dessen Freunden stand, obwohl Graf Dubois de Saligny diese noch zu halten suchte. Ueberraschend ist eine letzte Mittheilung der „Independence“ aus Havannah vom 6. Juni, nach welcher fast sämtliche Häuptlinge der reactionären Partei in Mexico, Zuloaga, Cabos, Miranda und selbst Marquez auf der Insel Cuba angelangt waren. Der Correspondent erklärt ihre Flucht daraus, daß Almonte durchaus keinen Einfluß im Lande habe, und selbst unter seinen Parteigenossen, den Reactionären, verachtet sei, während Suarez, „so abscheulich er sonst auch sei,“ in Folge der Ereignisse zu einer so einflußreichen und mächtigen Stellung, wie er sie nie gehabt und nie erlangt haben würde, gekommen sei. — Bekanntlich hatte auch Admiral Jurien de la Graviere bei seiner Ankunft in Paris bereits die schlimmste Schilderung von diesen reactionären Bundesgenossen entworfen und gerathen, mit ihnen zu brechen und auch Hrn. v. Saligny, der Alles versahren, abzugeben. — Der Dampfer Shannon, welcher St. Thomas am 13. Juni verließ, ist am 28. Juni in Southampton angekommen. Auf Jamaica hatten nach lange anhaltender Dürre heftige Plagregen alles Land überschwemmt, Häuser umgestürzt, Brücken weggerissen und allen Postverkehr unterbrochen. Seit Jahren hat man solches Wetter nicht erlebt. Aus Carthagena in Neu-Granada meldet man, daß die Stadt Antioquia der provisorischen Regierung den Krieg erklärt hatte. Zu Arequipa in Peru war am 14. Mai ein Aufstands-Versuch im Keime unterdrückt worden. Es war auf die Ermordung des Generals Santoman abgesehen gewesen. Zu Callao und Lima hatte am 28. Mai ein Erdbeben stattgefunden, jedoch so gut wie gar keinen Schaden angerichtet.

P r o v i n z i a l - B e i t u n g.

S i t z u n g e n d e r S t a d t v e r o r d n e t e n - V e r s a m m l u n g a m 20. und 26. Juni.

Anwesend resp. 57 und 55 Mitglieder der Versammlung. — Unter den geschäftlichen Mittheilungen befinden sich die Jahresberichte der Vorstände der sechs vereinigten Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten und des Vereins zur Beförderung des Seidenbaues in der Provinz Schlesien. Der in einer ausreißenden Anzahl von Exemplaren eingegangene Bericht über den Zustand der Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten wurde an die Mitglieder des Collegiums verteilt, die 15 Exemplare des Berichts über die Beförderung des Seidenbaues wurden denjenigen Mitgliedern zur Empfangnahme offerirt, welche für diesen Industriezweig sich besonders interessieren möchten. Für die Erbauung eines höheren Mädchenschul-Gebäudes auf den Grundstücken 26/28 der Alten Tschentstraße hatte Magistrat drei Entwürfe anfertigen lassen, von denen zwei darauf berechnet waren, das Gebäude nebst seinen Schulzwecken noch anderweitig nutzbar zu machen, und zwar durch Vermietzung der Kellerräume, eines Theiles des Parterres so wie eines Theiles der zweiten Etage. Der dritte Entwurf verfolgte lediglich die Schulzwecke; das Parterre-Gebäude soll im südlichen Flügel die Wohnung des Directors, im mittleren Theile die Treppe, das Amtszimmer des Directors und zwei Lehrsäle, im nördlichen Flügel die Durchfahrt zum Hofe enthalten. In den drei darüber liegenden Etagen sind die übrigen Schulräume und Säle projectirt. Um bei der großen Belebtheit der Straße Störungen des Unterrichts zu begegnen, soll der mittlere Theil des Gebäudes um 12 Fuß von der Straße zurückgesetzt und der in allen Etagen durch eine Glaswand abgetrennte Corridor nach der Straße zu angelegt werden, damit die Lehrsäle, welche ihre Fenster nach dem Hofe zu erhalten, durch das Geräusch auf der Straße nicht gestört werden. Magistrat und das Schul-Curatorium vertreten übereinstimmend die Ansicht, daß diesem Plane der Vorzug vor den beiden anderen zu geben sei, da, abgesehen von den schwer zu beseitigenden Hindernissen, welche seitens der Grenz-Nachbarn der Ausführung der ersten beiden Entwürfe in den Weg gelegt würden, die Verwendung eines Theiles des zu erbauenden Hauses zu anderen Zwecken mannichfache Inconvenienzen

für die darin unterzubringende höhere Mädchenschule herbeiführen werde. Dazu komme, daß die Ausführung des Entwurfes III. nach der speziellen Veranschlagung nur die Summe von 37,000 Thaler beanspruche, wogegen die beiden anderen Pläne nach approximativ Berechnung resp. 50,000 und 56,000 Thaler erfordern würden. Wiewohl die mit der Vorberatung der Vorlage betrauten Sach-Commissionen die Wahl des Entwurfes I. anempfehlen, weil ihrer Meinung nach mit dem Bau des Schulgebäudes die Werthung des Grundstücks durch Anlegung von Verkaufsläden im Parterre ohne Nachtheil für die Schulzwecke sich verbinden lasse, sofern man nur die beiden Lokalitäten vollständig trenne und von einander abgrenze, entschied die Versammlung sich doch für die magistralistische Ansicht und somit für den Bauplan III. unter Bewilligung der Aufschlagsumme von 37,000 Thlr. Hierfür sind in dem Etat der einmaligen Ausgaben der allgemeinen Verwaltung pro 1862 bereits 20,000 Thlr. ausgebracht, der Ueberrest soll auf den gleichen Etat pro 1863 übernommen werden.

Die städtische katholische Elementarschule Nr. IV. zählt gegenwärtig in der ersten Klasse 70, in der zweiten 100, in der dritten 150 Schüler. Der Schulraum reicht für eine solche Anzahl nicht aus, eben so wenig läßt ein geüblicher Unterricht sich ermöglichen. Um dem augenblicklichen dringenden Bedürfnisse abzuhelfen, soll eine Nachmittags-Parallellasse zur dritten Klasse errichtet und mit dem 1. Juli eröffnet werden. Die Räumlichkeit dazu findet sich in dem Schulbaue in der Tauenzienstraße vor. Die Versammlung genehmigte den Plan und bewilligte den auf jährlich 230 Thlr. bemessenen Gehalt für den anzustellenden Lehrer. Das Bedürfnis einer Erweiterung der Schul-Lotale tritt auch bei den anderen katholischen Elementarschulen hervor; zu seiner Befriedigung ist der Bau eines neuen Schulhauses neben dem in der Tauenzienstraße belegenen städtischen Schulhause projectirt und die Ausarbeitung der Pläne dazu bereits in Angriff genommen.

Das Elisabethan bedarf für den Gesangsunterricht ein neues Flügel-Instrument, zu dessen Anschaffung Magistrat die Bewilligung von 165 Thlrn. beantragte mit dem Bemerkten, daß das vorhandene alte Instrument auf 25 Thlr. taxirt worden und diese Lösung zur Verichtigung der 190 Thlr. betragenden Anschaffungskosten mit verwendet werden solle. Mit Rücksicht auf den geringfügigen Werth des alten Instruments stellte die Versammlung dem Magistrat die Erwägung anheim, ob dasselbe nicht einem städtischen Institute, beispielsweise einer der Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten, unentgeltlich zu überlassen sein möchte. Für den Fall der Zustimmung zu diesem Vorschlage bewilligte sie die volle Aufschlagsumme von 190 Thlrn. zum Ankauf eines neuen Flügels für das Elisabeth-Gymnasium. — Sie genehmigte ferner die Verabfolgung einer Vademecum-Unterstützung von 25 Thlrn. an den zweiten Lehrer an der evangel. Elementarschule Nr. 10, die Gewährung eines extraordinären Zuschusses zur Verstärkung des laufenden Ausgabe-Stats für die Realschule zum heil. Geist, die Verabreichung einer einmaligen Unterstützung von 50 Thlrn. an den hiesigen Lokal-Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene evangel. Confession und die im vorigen Jahre bei den Verwaltungen der Jurisdiccions-Polizei und Polizei-Gefängnis-Angelegenheiten, des Sicherungswesens und des Markalls gegen die Stats entstehenden Mehr-Ausgaben, zusammen mit 497 Thlrn.

Ein hiesiger Weinkauffmann offerirte für zwei Keller im Schulhause Nr. 63 der Nikolaistraße ein jährliches Pachtgeld von 100 Thlrn., sofern ihm die Räumlichkeiten auf 5 Jahre verpachtet, die Herstellung einer Verbindung der beiden Keller und eine Heizungsanlage, beides auf seine alleinigen Kosten, gestattet werde. Die Versammlung erklärte sich für den Abschluß des diesfälligen Pachtvertrages mit der Maßgabe, daß die vom Pächter beabsichtigten Baulichkeiten unter Controle der Stadt-Bau-Deputation gestellt würden und derselbe sich verpflichte, bei Beendigung des Mietzverhältnisses auf Erfordern des Vermiethers den jetzigen Zustand wieder herzustellen. — Der Pachttermin zur Verpachtung des ehemaligen Spritzenhauses Nr. 35 am Graben hatte ein Meistgebot von 65 Thlrn. geliefert. Dasselbe wurde für annehmbar befunden und die Ertheilung des Zuschlages an den Pluscitanten beschlossen.

In Bezug auf die Erreirung einer besoldeten Stadt-Schulraths-Stelle lautete der Antrag des Magistrats im Wesentlichen wie folgt: Das gesammte städtische Schulwesen, das der höheren als das der Elementar-Schulen gewinnt mit der schnellen Vergrößerung der Stadt und der raschen Zunahme der Bevölkerung an Umfang und Bedeutung in dem Maße, daß dasselbe die ganze Arbeitskraft eines gewiegt und erfahrenen Schulmannes für die Bearbeitung der vom Magistrat ressortirenden Schul-Angelegenheiten vollständig in Anspruch nimmt. Wir halten es daher für unerlässlich notwendig, eine besondere besoldete Stadtrathsstelle zu errichten. Davon ausgehend, daß das in die Stelle zu berufende Magistratsmitglied die Qualifikation der Directoren an den Gymnasien bezüglich Realschulen haben und mit dem höheren und Elementarschulwesen wissenschaftlich und praktisch vollständig vertraut sein müsse, meinen wir, daß, um eine so durchgebildete Persönlichkeit zu gewinnen, ein angemessenes Gehalt, das sich zwischen einem Minimum von 1500 und einem Maximum von 2000 Thlr. bewegen dürfte, festzusetzen sei. Die Stadtverordneten-Versammlung eruchen wir mit unserer Ansicht sich einverstanden zu erklären, die Stelle eines Stadt-Schulraths zu dotiren und mit der Wahl desselben vorzugehen. Dieser Antrag fand in der Sitzung am 26. Juni in so weit seine Erledigung als über die Erreirung und Dotirung der Stelle, so wie über die Qualificationsfrage definitive Beschlüsse gefaßt wurden. Nach demselben ist eine besoldete Stadt-Schulraths-Stelle gegründet und mit 1500 Thlr. ausgestattet; das in die Stelle zu wählende Magistrats-Mitglied soll ein studirter Mann sein, der entweder die höheren pädagogischen Prüfungen abgelegt, oder sonstige Beweise von Tüchtigkeit auf dem Felde der Pädagogik gegeben hat. Mit diesen Beschlüssen überwiegt die Versammlung die Vorlage ihrer Wahl- und Verfassungs-Commission zur demnächstigen Vorbereitung der Wahl.

Auf die magistratualische Erklärung, daß nach nochmaliger Einsicht des Schulrechner Fingerschen Testaments die Ansicht sich festgesetzt habe, daß mit Rücksicht auf die vom Testator Finger erfolgte ausdrückliche Anordnung eines besonderen Curators für die Elisabethanische Stipendien-Fundation der Stadtverordneten-Versammlung, welche in Vertretung der breslauer Bürgerschaft gemeinschaftlich mit dem Magistrat zum Universitätsrathe berufen sei, bei der Conferirung des Stipendiums keine Mitwirkung zustehe, und die Collatur wie bisher an den vom jedesmaligen Protector des Elisabethan präsentirten Stipendiaten erfolgen müsse, ward die Erwiderung beschlossen, daß v. Finger selbst im Testamente keinen Curator ernannt, sondern nur die Bitte ausgesprochen habe, einen solchen in der Person des jedesmaligen

(Fortsetzung in der Beilage.)

denken, wie zerschmetternd diese Kunde für die armen Eltern sein mußte, welche mit gleich großer Liebe ihr Kind und ihren Stammesbaum umfassen. Ein wohlwollender Seitenverwandter hat den Rath ertheilt, man möge dem jungen Panseman ein Offizierspatent in der österreichischen Armee, und wenn er sich eine Zeitlang dort gut geföhrt, demnächst die Erhebung in den Vizeleutnant auswirken, vorläufig aber jede Annäherung der Liebenden verhindern. Ueber diesen Vorschlag wird der nächstens hier zusammentretende Familienrath Beschluß zu fassen haben. — Man sieht auch hier wieder die alles umwälzende Richtung unserer Zeit. Ritter beiseiten den Schusterschmel, der Schusterschmel drängt sich als Sidam in den Rittersaal.“

Berlin, 1. Juli. Gestern Nachmittag kam ein Mensch in eines der hiesigen Ministerpötel, und verlangte den Zutritt in die Bureaux, da er mit den Beamten ein Wort zu reden habe. Als ihm der Portier bemerkslicht machte, daß dies nicht anginge, so erklärte er, daß er sich damit begnügen würde, den Herren ein Schreiben zu überreichen. Auch dies Verlangen schlug der Portier ab und forderte den Menschen auf, ihm das Schreiben zur Weiterbeförderung zu übergeben. Der Fremde zog jetzt ein Papier aus der Tasche, welches die Aufschrift trug: „An das germanische Ministerium“. Der Portier entfaltete das unversiegelte Schreiben und fand darin einzelne Zettel, die mit Bleistift beschrieben waren. Der Inhalt war etwa folgender: „Die Gerechtigkeit ist nur noch im Himmel zu finden, hier ist sie verschwunden, und daran sind die Minister schuld; es muß anders werden und ich habe die Aufgabe erhalten, dies den Ministern zu sagen.“ Der Portier überzeuete sich bald, daß er mit einem geisteskranken Menschen zu thun habe, gab ihm seine konsulen Scripturen zurück und forderte ihn auf, das Hotel zu verlassen. Hierzu wollte sich derselbe jedoch nicht verstehen, und der Portier mußte ihn mit Gewalt entfernen. Hierbei leistete Jener Widerstand, der einen Auslauf vor dem Hotel zur Folge hatte. Bald waren einige Polizeibeamte zur Stelle, die den Mann zur Wache abführten, nachdem sie ihm zuvor die oben erwähnten Schriftstücke abgenommen hatten. Dieser Mensch will ein Abgesandter der Provinz Schlesien sein, welche die herrschende Ungerechtigkeit nicht länger dulden möge.

Die „Nid. Post“ berichtet aus Wien vom 27. Juni: „Bei der am vorigen Sonnabend im preßburger Dom stattgehabten Trauung des Grafen Andraffy mit der Baroness Wenthelm konnte man die Beobachtung machen, daß in Ungarn noch immer „goldene Zeiten“ herrschen; denn abgesehen von

der außerordentlichen Pracht, die der an der Feierlichkeit theilnehmende hohe Adel aufstellte, überraschte eine Erscheinung nach der Trauung außerhalb der Kirche. Aus einem der Wagen strömte nämlich ein Goldregen auf die Schaar der Neugierigen, und es mochten wohl einige hundert Dukaten gewesen sein, welche von einem Cavalier unter das Volk geworfen wurden. Es gab Glückliche, denen die Goldstücke zu drei und vier in den Hut fielen, und die anfangs gar nicht wußten, woher die Bescherung komme. Man wird übrigens die originelle Idee des Goldauswerfens in unsern armen, papierernen Tagen minder überraschend finden, wenn man weiß, daß die glücklichen Neuvermählten des Besitzes verschiedener Millionen sich erfreuen, für sie also die Zeiten in Ungarn noch immer „goldene“ sind.“

S p e z i a l - K a r t e v o n N i e s e n g e b i r g e v o n L i e b e n o w.

Breslau, bei Eduard Treverdt. Preis 15 Sgr. — Obgleich wir schon eine Anzahl verschiedener Darstellungen dieses interessantesten Theiles von Schlesien besäßen, so zögern wir doch keinen Augenblick, die genannte Spezial-Karte allen Reisenden angelegentlich zu empfehlen, weil sie an Klarheit und Deutlichkeit der Zeichnung von keiner andern übertroffen wird und dabei zwei wesentliche Vorzüge in sich vereinigt, auf welche wir uns erlauben, mit einigen Worten hinzuweisen: Zuerst bemerken wir hier die Erweiterung des gewöhnlich dargestellten Gebietes über den südsächsischen oder böhmischen Theil des Riesengebirges hinaus bis Eisenbrod, Trautau und Polik, so daß die Umgegend von Johannisbad und die adersbacher und weckelsdorfer Felsen mit aufgenommen sind. Als zweiten Vorzug haben wir die deutliche Zeichnung aller Kunststraßen hervor, die wie rothe Fäden selbst auf dem schwierigsten Terrain sorgfältig eingetragen und von erschöpfendsten Werthe für jeden Reisenden sind. Ueberhaupt tragen die verschiedenen Farben, in denen die Karte gearbeitet ist, nicht wenig zur Uebersichtlichkeit derselben bei, und so hoffen wir, daß auch diesem Unternehmen die allgemeine Anerkennung nicht versagt werden wird.

Mit einer Beilage.

=ch=**Oppeln**, 1. Juli. [Herzog Nikolaus II. und das hiesige Nikolaithor. — Ausstellung.] Einen für die Geschichte unserer Stadt interessanten Vortrag hielt in der letzten Versammlung des philomathischen Vereins Herr Gymnasiallehrer Dr. Wahnert. Derselbe sprach über die letzten Tage des am 27. Juni 1497 in Neisse hingerichteten Nikolaus II., des

vorlekteten Herzogs von Opatow und das mit der Einbringung seiner Leiche im Zusammenhang stehende fogenannte „historische“ Thor hierher, und suchte insbesondere die Unhaltbarkeit der alten Tradition, nach welcher dies nach Norden gelegene Thor vermurtet worden, weil der Leichnam des Nikolaus durch dasselbe passirt war, nachzuweisen. Als Hauptmotive wurden geltend gemacht, daß eine weiter nach dem Dorfe Sacrau hin (in der Gegend des Moritzberges) über die Oder führende Brücke, welche allein jenen Transport erklären könnte, nicht vorhanden gewesen sein könne, weil umfänglich feststehe, daß zur Zeit der Gründung des St. Marien-Hospitals am Oderthor, nämlich zu Anfang des 15. Jahrhunderts, bereits eine zum Oderthor hineinführende Oberbrücke bestanden habe, daß ferner der Leichnam auch nicht etwa vom Oderthor durch die Fischelei nach dem historischen Thore geführt worden sein könne, weil eine Treidelsteigpassage damals noch nicht existirt habe; daß endlich die Lage des sogenannten Kaiserweges nach der Oder hin nicht dafür spreche, daß ehemals etwa eine Oberbrücke in seiner Verlängerung gelegen, weil der Kaiserweg gar keine Handelsstraße, vielmehr nur ein drücklicher Communicationsweg gewesen sei. Nach Allem sei anzunehmen, daß das auf dem Jahre 1848 wieder geöffnete Thor lediglich auf Anlaß des Collegiatstifts, um von den dort gelegenen kirchlichen und Schulanstalten alle Störung abzuhalten, vermurtet worden sei und daß später diese Thatfache mit der Einbringung des Leichnams des Nikolaus von der Sage in Verbindung gesetzt worden sei. — Herr Dr. Maron, welcher im Auftrage des landwirthschaftlichen Ministeriums an der ostasiatischen Expedition theilgenommen, hat zur Zeit die mitgebrachten Gegenstände der Kunst und Industrie im Saale des Logengebäudes im Interesse der hiesigen Ortsarmen zur Ansicht des Publikums gestellt. Die Betheiligung des letzteren ist eine sehr zahlreiche und mit Mäandern auf die Reichhaltigkeit, Vorzüglichkeit und Originalität der Gegenstände eine sehr wohl gerechtfertigte. Dieselben haben einen Gesamtwert von einigen tausend Thalern; ein Theil ist bereits verkauft, jedoch stehen noch genug Gegenstände für Kauflustige zur Disposition.

* **Katibor**, 1. Juli. [General-Verammlung des schlesischen Gustav-Adolf-Haupt-Vereins; erster Tag.] An Festlichkeiten, die sich streng auf confessionalen Boden bewegen, hat es in unserer Stadt, welche unter ihren ca. 12,000 Einwohnern fast 9000 Katholiken zählt, seither nie gegeben; der heutige Tag brachte auch unserer kleinen, ca. 1900 Seelen zählenden protestantischen Gemeinde eine Reihe von Festlichkeiten, welche hier bis jetzt ohne ihres Gleichen, noch lange in anhaltender Erinnerung bleiben werden. Die General-Verammlung des schlesischen Gustav-Adolf-Haupt-Vereins gab zunächst Veranlassung zu denselben. Aus mehr denn 90 Dritttheilen Schlesiens waren die Vertreter der Zweigvereine gefahren und heute hier eingetroffen, empfingen den vom herzlichsten Willkommen, welches die hiesige Gemeinde ihnen entgegenbrachte. Am Eisenbahnhof erhebt sich in festlichem Schmucke, mit grünem Waldbeslaub und blühenden Blumen geschmückt eine Ehrenpforte, durch welche die Gäste von den Comitemitgliedern nach ihren Quartieren geleitet werden. Von ihr herab wehen Fahnen in preussischen und schwebischen Farben, die Inschrift, den evangelischen Gruß: Friede sei mit Euch! enthaltend, strahlt aus dem dunklen Tannenreis weit entgegen. Am evangelischen Kirchplatze erhebt sich eine zweite ähnliche Ehrenpforte mit der Inschrift: Kommt, laßt uns anbeten! — Die Kirche selbst ist mit Festons und Blumen reich ausgeschmückt und bietet einen überaus freundlichen Anblick dar. Vor ihr, die vorausschicklich die Menge der Andächtigen nicht lassen wird, welche morgen ihr zukünftigen werden, erhebt sich eine reich geschmückte Kanzel, bestimmt, den Festredner zu tragen, welcher den Gottesdienst unter freiem Himmel aus dem Kirchplatze morgen feiern soll. — Die zahlreichen Gäste und Abgeordneten sind heute Nachmittag 4 Uhr im Gymnasial-Saale zu einer nicht öffentlichen Vorberatung zusammengetreten. Um 6 Uhr begaben sich dieselben in die von Zuhörern dicht gefüllte evang. Pfarrkirche, woselbst Gottesdienst mit Predigt des Herrn Dialektus Neugebauer aus Breslau, eines geborenen Katiborer, stattfand. Die Abendgäste von Breslau und Wien brachten eine Schaar neuer Gäste; sie alle hatten die erste gemeinschaftliche Zusammenkunft Abends 7/8 Uhr im Volksgarten bei Ender. Nahe an 3000 Menschen, Mitglieder aller Confessionen, waren daselbst in ungezwungenster Fröhlichkeit versammelt. Gegen 9 Uhr brachte der hiesige evang. Gesellen-Verein den fremden Gästen einen überaus solennen Fackelzug, verbunden mit einem Ständchen. Das Willkommen, welches den Mitgliedern des Gustav-Adolf-Vereins gebracht wurde, beantwortete Herr Stadtrath Beder aus Breslau mit einer herzlich, von dem Wunsche auf das Wohl des Vereins besetzten Ansprache. Glänzende Illumination, Feuerwerk in den mannichfachen Abwechselungen, bengalische Beleuchtung trugen zur Feier des von dem schönsten Wetter begünstigten Festes bei. Dank den uneigennütigen Bemühungen des aufmerksamen Wirthes, Herrn Ender, welcher durch alle diese Abwechselungen angenehme Uebersicht zu bereiten gewußt hat. Dank aber auch denjenigen Mitgliedern der hiesigen evang. Gemeinde, welche durch ihre aufopfernde Thätigkeit den fremden Gästen den Aufenthalt hierher so angenehm machen.

—bb— **Oderberg**, 30. Juni. In den Gruben bei Wittkowitz an der österreichischen Grenze fand eine Gas-Explosion statt. Zwei Personen waren sofort todt, vier starben später und sechs liegen noch krank darnieder.

(Notizen aus der Provinz.) * **Görlitz**. Wie der „Anzeiger“ meldet, hat am 30. Juni der Historiker Reichsath Dr. Palady aus Prag unsere Stadt wieder verlassen, überaus befriedigt von den Ergebnissen seiner Forschungen. Von mehr als hundert Dokumenten hat er Abschrift nehmen lassen. Mit diesem reichen Material ausgerüstet, wird er nunmehr an die Vervollendung seines großen Werkes über Böhmens Geschichte gehen. Er gedenkt dies mit dem Jahre 1526, mit der Schlacht bei Mobeck, abzuschließen und die Weiterführung von da an einer andern Hand zu überlassen. Mit Dank gegen die städtische Behörde, welche ihm die werthvollen von Bartholomäus Scultetus sorgfältig gesammelten Originaldokumente zur Benutzung vergönnt, und gegen die oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften, aus deren reichen Urkundenschatzen er geschöpft hat, ist er von unserer Stadt geschieden.

+ **Glaz**. Mit dem 1. Juli ist das „Volksblatt für die Grafschaft Glaz“ in großem Format erschienen. Der politische Inhalt hat sich nicht verbessert, das Feuilleton, welches bemerkenswerthe Weise über dem Strich figurirt, ist dasselbe, nur die lokalen Berichte sind umfassender und mannichfaltiger. Letzteres wäre wirklich eine Verbesserung, wenn es nicht beim ersten Anlauf sein Bewenden hat und man beharrlich sein Augenmerk auf die lokalen Interessen richtet, etwas, was von so vielen Provinzial-Blättern versäumt wird.

△ **Glogau**. So eben ist die erste Nr. des vergrößerten „Stadt- und Landboten“ erschienen, und so weit es aus dieser Nr. ersichtlich ist, kann man wohl sagen, daß sein Inhalt reicher und interessanter ist, als der des früheren „Boten“. Besonders scheint er die lokalen Angelegenheiten in angemessener Weise zu würdigen. Unter dieser Rubrik finden wir folgende Notiz. Am 30. v. Mts. Vormittags sollte ein hiesiger Tagelöhner von dem königl. Kreis-Gericht wegen Diebstahls verurtheilt werden und persönlich zum Termin erscheinen. Er er sich zum Termin begab, schickte er seine Frau nach Brannwein; als dieselbe zurückkam, hielt sie ihren Mann etwas trunken und gleich darauf umfallen. Der bald hereingekommene Dr. Neumann erkannte die genossene Flüssigkeit als Schwefelsäure und warnte sofort die nöthigen Mittel zur Rettung an. Es soll einige Aussicht zu dessen Erhaltung vorhanden sein.

* **Grottkau**. Bei dem am 30. Juni abgehaltenen Viehmarkt waren zum Verkauf aufgetrieben: 145 Stüd Pferde, 398 Stüd Rindvieh, 1221 Stüd Schwaazvieh, 60 Stüd Schaaf, 9 Stüd Ziegen.

+ **Glogau**. [Berichtigung.] In der Correspondenz vom 30. Juni in Nr. 301 b. Bz. soll es Zeile 18 v. o. heißen: welchen Fehlgriff ic. — statt: welchen Fehltritt ic.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Posen, 1. Juli. [Kirchenbau.] Dem Vernehmen nach ist der Bau einer evangelischen Kirche für die hiesige neukatholische Gemeinde seitens des königl. Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten in nahe Aussicht gestellt, und zwar in der Art, daß die Gemeinde zu den Baubeträgen im Wege der Repartition nicht herangezogen werden soll.

[Streitigkeit.] In einer hiesigen Conditorie kamen zwei polnische Collegen wegen einer Geschäftsangelegenheit in Streit. Als der eine derselben seine Versicherung auf Ehrenwort gab und der andere sich über dies Ehrenwort in verächtlicher Weise aussprach, gab der Gefährte dem letzteren eine Ohrfeige. Durch das Hinzuspringen der andern anwesenden Polen wurde ein weiterer Geseß verhindert. Wie wir hören, hängt diese Streitigkeit mit dem gestern erwähnten Duell zusammen. (Bos. 3.)

Bromberg, 30. Juni. [Mord.] Am Sonnabend hat der Sackträger Sobolewski von hier ein Mädchen, mit welchem er in wilder Ehe lebte, erschossen. Der Mörder hat eine Frau, von der er schon seit längerer Zeit getrennt lebte, und da er dieser zweiten Person die Ehe versprochen, so drängte diese ihn, sein Versprechen zu halten. Er weigerte sich, und als das Mädchen dann sagte: „entweder heirathe

oder tödte mich“, so rief er ihr ganz kaltblütig ein Messer in den Hals. Die Verwundete starb nach kurzer Zeit. Der Thäter wurde bald festgenommen und hat bereits Alles gestanden. Heute wurde er unter ungeheurem Zulauf der Menge ins Criminalgefängniß abgeführt. (Ostdeutsche Bzg.)

Bromberg, 30. Juni. [Die Rechtsanwälte auf der Anklagebank.] Es ist ein eigenthümliches Gefühl, einen gebildeten, allgemein geachteten Mann auf der Bank des Verbrechens sitzen zu sehen; es macht einen noch tieferen Eindruck, wenn der Angeklagte mit einem ehrwürdigen grauen Haupte erscheint — und wir erblicken heute vier der angesehensten und dem Kreisalten nahe Mitbürger Brombergs vor dem Richterstuhl. Es waren dies die Herren Rechtsanwälte Gehler, Schöppe, Schulz I. und Gert. Der fünfte der Rechtsanwälte ist inzwischen aus dem Staatsdienste ausgeschieden. — Die Anklage lautete: erstens gegen alle vier Angeklagte auf Beleidigung des Justizministers, und zwar in Folge ihres Protestes gegen den Wahlerlaß desselben. Dieser Protest war nun zwar von sämtlichen Rechtsanwälten Brombergs, mit alleiniger Ausnahme des Herrn Schulz I., unterschrieben, doch die vier Herren hatten auf eine Zurückweisung ihrer Proteste von Seiten des ersten Präsidenten des Appellationsgerichts, Herrn v. Schrötter, sich verantwortet, und in Folge der Worte: „Andere haben sich auf den § 84 des Strafgesetzbuchs berufen“, war die Anklage erhoben worden. Zweitens war Herr Gehler noch besonders auf der Beleidigung des Herrn v. Schrötter angeklagt, indem er erklärt hatte: „daß er weder dem ersten Präsidenten des Appellationsgerichts, noch dem Justizminister die Befugniß aushebe, ihm Belehrungen oder Anweisungen im Betreff seines Wahlrechts zu geben.“ Auf den Antrag der Angeklagten wurden folgende Schriftstücke verlesen: a) der Wahlerlaß des Justizministers, b) die Erklärung, welche sämtliche Rechtsanwälte Brombergs erlassen, c) die Antwort des Herrn v. Schrötter, und d) das Schreiben der vier Angeklagten, auf welches eben die Anklage begründet war. Herr Gehler ergriff zuerst das Wort und protestirte zunächst gegen die Rechtmäßigkeit der Anklage gegen ihn, da die Anklagekammer des I. Kreisgerichts nicht aus den drei Herren bestanden habe, welche dazu auf 1 Jahr gewählt seien. Zwei dieser Herren seien durch andere ersetzt worden, und da diese beiden erstere ja bekanntlich in der Wahlerlaßangelegenheit ebenfalls betheiligt seien, so dürfe er annehmen, daß sie vielleicht deshalb fortgelassen worden. Er stelle daher den Antrag, die Anklage gegen ihn zu suspendiren, um eine gesetzmäßige Zusammenkunft der Anklagekammer zu erzielen. Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück und publicirte nach etwa viertelstündiger Beratung seinen Beschluß dahin, daß der Antrag des Herrn Gehler zurückgewiesen werde. Hr. G. hat, seinen Antrag ins Protokoll aufzunehmen. Nun wurde das Rescript des Herrn v. Schrötter verlesen. Herr Gehler ergriff wiederum das Wort: Er hat im Ganzen drei Wahlernurtheile erhalten; eine als Mitglied des hiesigen Magistrats, eine als Mitglied des königl. Kreisgerichts und eine als Rechtsanwalt. Er beruft sich auf den § 84 des Strafgesetzbuchs, indem er seine Ansicht über die Wahlerlaß überhaupt motivirt. Bekanntlich sei von allen der des Justizministers der mildeste, doch was die Wahlerlaße eigentlich bezweckten, das gebe aus dem des Herrn v. Jagow hervor, und das sei nichts Anderes, als daß die Wahlergebnisse möglichst im Sinne des Ministeriums hervorgerufen werden sollten. — Dies Ministerium sei jedoch seiner Ueberzeugung nach ein „conservatives“, welches ähnlichen Prinzipien huldige als das — von Mantuffel-Westphalensche. Es sei nun doch ganz klar, daß er nicht eine solche Belehrung des Herrn v. Schrötter habe annehmen können, besonders da dieser sich darauf berufen: „daß es sich nicht mit der Treue gegen den König und die Verfassung vereinigen lasse“, wenn ein Beamter anders als im Sinne dieses Ministeriums wühle. Hiergegen habe er nach seinem Gewissen protestiren müssen. Er sei Mitglied der Landesvertretung gewesen, welche die jetzige Verfassung beraten habe, und da glaube er wohl zu wissen, daß die Partei, mit welcher zu gehen die Beamten in den Wahlerlaßen verwarnt worden seien, keineswegs irgendwie der Verfassung entgegenstrebe. Schließlich berufe er sich auf die Adresse der jetzigen Landesvertretung an den König, in welcher in Betreff der Wahlerlaße, „nicht verfassungsmäßig“ steht — er habe „verfassungswidrig“ gesagt, und das werde wohl gleichlautend sein. Auch könne er noch anführen, daß eine Commission in der Angelegenheit des Präsidenten v. Pittmich in Breslau eben so geurtheilt habe. Er — der Redner — sei also provocirt worden und habe nur seine Meinung abgegeben. Den Minister habe er überhaupt gar nicht gemeint. Der Staatsanwalt motivirt die Anklage dahin, daß der § 84, „wenn auch nicht ausdrücklich, so doch indirekt“ von den Angeklagten auf den Justizminister-Erlaß angewendet worden sei. Zweitens zeigt er darauf hin, daß Herr Gehler nicht gegen Herrn v. Schrötter allein seinen Protest gerichtet, sondern ausdrücklich erklärt habe, daß er sowohl dem Justizminister, wie dem Präsidenten die Befugniß einer Belehrung über die Wahlen beitrete. Schließlich sucht er darzulegen, daß in den Erlassen keine Beeinflussung der Wahlen gefunden werden könne, und beantragt gegen die Herren Schöppe, Gert, Schulz 40 Thlr., und gegen Herrn Gehler 80 Thlr. Geldstrafe. Nach etwa 1/2 stündiger Beratung spricht der Gerichtshof gegen alle vier Angeklagte das Nichtschuldig aus. Aus der Motivirung des Urtheilspruches entnehme ich noch: daß weder die grammatische noch logische Begründung einer Beleidigung habe gefunden werden können, sondern daß die Erklärungen lediglich als Kritiken zu betrachten seien. Die Theilnahme des Publikums war eine außerordentlich große. Schon von 9 Uhr Morgens war der leiblich zu kleine Raum der „kleinen Affen“ Kopf an Kopf dicht gedrängt voll, und das aus Personen aller Stände bestehende Publikum hielt, trotz der erstickenden Hitze, tapfer bis zum Ende der Sitzung, etwa 12 1/2 Uhr Mittags, aus. Auch das Richter-Personal war zahlreich vertreten. Bei der Publication des Urtheils erschallte aus dem Zuschauerraum lebhaftes Bravo, welches jedoch endlich verboten wurde, und erst im Hinausgehen sich noch mehrfach wiederholte. (Ost. 3.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

+ **Breslau**, 2. Juli. [Börse.] Bei schwachem Geschäft und wenig veränderten Coursen war die Stimmung fest. National-Anleihe 65 bezahlt und Geld, Credit 86%, wiener Währung 79 1/2—79 3/4 bezahlt. Eisenbahn-Aktien ohne Umsatz, nur Freiburger gesucht und bis 125 1/2 bezahlt. Fonds fest, nur 3/4 proc. schles. Pfandbriefe offerirt.

Breslau, 2. Juli. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Roggen höher; pr. Juli 46 Thlr. bezahlt, Juli-August 45 1/2 Thlr. Gld., August-September 44 1/2—45 Thlr. bezahlt, September-Oktober 44 1/2—45 Thlr. bezahlt, Oktober-November 44—44 1/2 Thlr. bezahlt, November-Dezember 43 1/2 Thlr. bezahlt. Hafer pr. Juli —, Juli-August 22 Thlr. Br. Rüböl fester; loco 14 1/2 Thlr. Br., 14 Thlr. Gld., pr. Juli und Juli-August 14 Thlr. Br., August-September 13 1/2 Thlr. Br., September-Oktober 13 Thlr. Br., 14 Thlr. Br., Oktober-November 14 Thlr. Br., November-Dezember 14 Thlr. bezahlt und Gld.

Kartoffel-Spiritus etwas höher; loco 18 1/2 Thlr. Gld., pr. Juli und Juli-August 18 1/2 Thlr. bezahlt, August-September 18 1/2 Thlr. Gld., September-Oktober 18 1/2 Thlr. Gld. und Br., Oktober-November 17 1/2 Thlr. Gld. und Br., November-Dezember 17 1/2 Thlr. Gld., pr. April-Mai 1863 17 1/2 Thlr. Br. Sinkt —.

Die Börsen-Commission.

Vorträge und Vereine.

a. **Breslau**, 1. Juli. [Neu-Deutschland-Verein.] In der gestrigen Verammlung des Vereins, welche von mindestens hundert Personen, darunter auch einer Dame, welche in Süd-Amerika gewesen, besucht war, hielt Herr Dr. Thiel zunächst den angekündigten Vortrag: „Umschau im Plata-Gebiet“. Einleitend gab derselbe ein geographisches Bild von Nord- und Süd-Amerika im Allgemeinen, stellte Vergleichen an zwischen den Einwanderungen nach beiden und schilderte dann das Platabgebiet im Speziellen. Nach diesen Schilderungen entspricht das Platabgebiet mit einer Landerfläche von 50,000 Quadratmeilen und einer Bevölkerung von 2 1/2 Millionen Einwohnern den Anforderungen, welche eine deutsche Auswanderung beansprucht. Der Einwander, warum denn bei diesen Eigenschaften jenes Land noch nicht von der Einwanderung bedacht worden, erliegt sich durch einfache, natürliche Gründe. Die Spanier, Eroberer des Landes, suchten Gold und Silber und fanden es auf den Hochplateaus, welche ihrer alten Heimath entsprachen. Dem Landbau in den Thälern waren sie nicht zugehen, die Wälderstrassen wußten sie nicht zu verwerten. Jener aber ist eine Haupt-Beschäftigung des Deutschen, diese versteht er für den Handel nutzbar zu machen. So scheint das Land ganz eigentlich den Deutschen aufgegeben, sich ein Neu-Deutschland dort zu gründen. — Die Verammlung sprach dem Vortragenden für seinen belehrenden Vortrag durch Erheben von den Bläsen ihren Dank aus. Demnach ward zur Beratung der Statuten geschritten und wurden dieselben in der von der Kommission vorgelegten Form einstimmig genehmigt. Sie lauten:

§ 1. Zweck des Vereins ist: die deutsche Auswanderung nach einem gemeinsamen Ziele — dem Platabgebiet — zu lenken, ihr dort geeignete Niederlassungsstätten nachzuweisen, ihre Ausföhrung zu fördern, ihre Erfolge zu sichern.

§ 2. Zu diesem Behufe wird der Verein bestrebt sein, die Ueberzeugung zu verbreiten, wie notwendig auch für die deutsche Auswanderung die Vereinigung der Kräfte und Mittel sei; er wird sich durch direkte Verbindungen mit dem Niederlassungslande die eingehendsten und zuverlässigsten Nachrichten über dasselbe zu verschaffen und dieselben für deutsche Auswanderer nutzbar zu machen suchen; er wird bemüht sein, seinen auswandernden Mitgliedern nicht nur beim Land- und See-Transport, sondern auch bei der Niederlassung selbst besondere Vortheile zu erwirken; er wird es sich angelegen sein lassen, die Beziehungen zwischen den Colonien und dem deutschen Mutterlande möglichst lebhaft zu erhalten und Abfahrtswege für die Produkte beider anzubahnen.

§ 3. Mitglied kann jeder Selbstständige werden, welcher zur Erreichung der Vereinszwecke einen jährlichen Beitrag von 20 Sgr. und ein einmaliges Eintrittsgeld von 10 Sgr. zahlt.

§ 4. Die Leitung des Vereines übernimmt ein alljährlich durch die General-Verammlung zu wählender Vorstand, bestehend aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter desselben, zwei Schriftführern, einem Schatzmeister, zwei Kassensatratoren und zwei Beisitzern.

Bei der schließlich erfolgenden provisorischen Wahl eines Vorsitzenden wurde Herr Dr. Thiel gebeten, dieses Amt zu übernehmen, und erklärte sich derselbe für die nächsten drei Monate, so weit er dieselben in Breslau zubringt, hiersü bereit. Zum Schriftführer wurde Herr Falkenhain, zum Kassensatrat Kaufmann Walter ernannt. Alle Zuschriften ic. sind zu Händen des provisorischen Vorsitzenden zu richten. Nächste Sitzung: Sonnabend 12. Juli, Abends 7 1/2 Uhr im Tempelgarten.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 2. Juli. Der Gesandte Portugals ist angekommen, um offiziell die Hand der Prinzessin Via anzuhalsen. Ebenso ist ein russischer Gesandter angekommen, der die offizielle Anerkennung Italiens durch Rußland mitbringt. (Angekommen 10 Uhr Abends.)

Paris, 30. Juni. Die Anerkennung des Königreichs Italien durch Rußland soll von Neuem sehr ungewiß geworden sein. Das österreichische Cabinet, an dessen gute Dienste man appellirt hatte, um den Conflicten in den christlichen Provinzen der Türkei ein Ziel zu setzen, hat die Bedingungen gestellt, daß Rußland den König von Italien nicht anerkenne, und daß Frankreich allen katholischen Mächten erkläre, es werde seine Truppen nicht aus den Kirchenstaaten zurückziehen. Es scheint sich um nichts Geringeres zu handeln, als von der Befehung gewisser Punkte in den türkischen Provinzen durch österreichische Truppen. So groß ist die Furcht Rußlands und Frankreichs, daß die orientalische Frage auftauchen könnte. Die Mission des Baron v. Hübnier in Konstantinopel ist keine andere, als sich mit der Porte in Betreff der Einmischung Oesterreichs in den türkischen Provinzen zu verständigen.

London, 1. Juli. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Palmerston als Antwort auf eine Interpellation Hopwoods, die Westmächte würden den Amerikanern mit der größten Freude Vermittlungsdienste leisten; doch sei doreis keine günstige Gelegenheit dazu geboten.

Turin, 30. Juni. Garibaldi bezieht in der zu Palermo gehaltenen Rede drei Wunden, welche Italien martern: den Muratismus, den Bourbonismus und den Papismus. In beistigen Ausdrücken erklärte er sich gegen die Verammlung der Bischöfe zu Rom.

Das Journal von Neapel veröffentlicht neue militärische Maßregeln, welche bewirken, das Raubwesen wirksam zu unterdrücken.

Turin, 30. Juni, Abends. Im Abgeordneten-Hause kam der Gesetzentwurf in Betreff der Desertionen unter dem Militär zur Sprache. Bei Gelegenheit eines Zwischenfalles, der im Laufe der Sitzung discutirt wurde, erklärte Repoli, den Bischöfen des Königreichs Italien sei es im vorigen Monat verboten worden, sich nach Rom zu begeben, um sich an den politischen Acten, die dort vollzogen werden sollten, zu betheiligen.

W e n d - W o r t.

Berlin, 2. Juli. [Maischsteuer.] Die „Sternzeitung“ schreibt: Bei Erörterung der noch schwebenden Frage, ob es sich empfehle, zur Beschaffung der für die Erweiterung der preussischen Flotte in erheblichem Betrage erforderlichen Geldmittel die Maischsteuer entsprechend zu erhöhen, ist in Anregung gekommen, bei der Besteuerung des Branntweins nicht den Rauminhalt der Maischgeräthe oder die Menge der zu verarbeitenden Stoffe, sondern die Menge und Stärke des aus der Destillation hervorgehenden Erzeugnisses zum Grunde zu legen. Daß diese Aenderung nach mehreren Richtungen hin günstig wirken können, läßt sich nicht verkennen. Gegen dieselbe sind aber auch gewichtige Bedenken geltend gemacht, welche namentlich aus den besonderen Verhältnissen der inländischen Branntbrennerei hergeleitet werden, wobei darauf hingewiesen wird, daß in anderen Ländern, wo die empfohlene Besteuerungsweise besteht, ganz verschiedene Verhältnisse obwalten. Unter diesen Umständen hat eine nähere Kenntniß der in anderen Ländern, vorzüglich in England bei der Anwendung dieser Besteuerungsweise gesammelten Erfahrungen erwünscht erscheinen müssen. Deshalb sind kürzlich geeignete Sachkundige beauftragt worden, sich nach England zu begeben, um daselbst an Ort und Stelle genaue Erkundigung über jene Erfahrungen zu sammeln. Diese Maßregel wird ohne Zweifel die Entscheidung erleichtern, sofern es darauf ankommen sollte, über eine Aenderung der Besteuerungsweise Beschluß zu fassen.

In s e r a t e.

Bekanntmachung.

[1225] Die diesjährigen **Gerichtsferien** fallen in die Zeit vom **21. Juli bis 31. August**. Während derselben ruht der Betrieb aller nicht schleunigen Sachen, sowohl in Bezug auf die Abfassung der Erkenntnisse, als in Betreff der Decretur und der Abhaltung der Termine. Die Parteien und Rechtsanwälte werden daher veranlaßt, sich während der Ferien in dergleichen Sachen, aller Anträge und Gesuche zu enthalten. — Schleunige Gesuche müssen als solche begründet und als Ferienfache bezeichnet werden.

Breslau, den 26. Juni 1862.

Direktorium des königl. Stadt-Gerichts.

L. Haase u. Co.,

Königl. Hof-Photographen und Hof-Photographen Ihrer Kgl. Hoh. der Frau Kronprinzessin v. Preußen.

Wir erlauben uns die Mittheilung zu machen, daß wir so eben neben unserm Berliner Institut

in Breslau, Nr. 10 Tannenienstraße Nr. 10,

ein **Photographisches Atelier** eröffnet haben.

Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, unsere Breslauer Commandite vollständig auf gleicher Höhe mit unserm Berliner Institute zu halten und das uns in so hohem Maße geschenkte Vertrauen auch für Breslau zu rechtfertigen.

Breslau, den 3. Juni 1862.

L. Haase u. Co.,

Königl. Hof-Photographen und Hof-Photographen J. K. Hohheit der Frau Kronprinzessin von Preußen.

Breslau, 10 Tannenienstr. 10. Stunden der Aufnahme: 178 Friedrichstr. 178. Wochentags von 9—4 Uhr, Sonntags von 9—1 Uhr.

